

(Präsident Denzer)

- (A) Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Zur Abstimmung steht der Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/3870, Stichwort: "Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung", Kapitel 02 010.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Danke schön. Enthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 02, Ministerpräsident und Staatskanzlei. Wer dem Einzelplan 02 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/3802 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Danke schön. Enthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 02 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe nunmehr den

Einzelplan 05 - Kultusminister auf, ferner die dazu vorliegenden Änderungsanträge: den Änderungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 10/3872 betr. Einstellungskorridor für 1 500 neue Lehrer, den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/3873 betr. Anhebung der Stellenreserve im Schuldienst und den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/3874 betr. Neueinstellung von 100 Sonderschullehrern.

- (B) Ich eröffne die Beratung. Wegen der Strukturierung der Beratung beginnen wir mit dem Bereich Sport. Ich erteile Herrn Abg. van Schewick von der Fraktion der CDU das Wort.

van Schewick (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Sportplan der Landesregierung, vor einigen Jahren mit vielen Vorschußlorbeeren bedacht, ist mittlerweile zu einem Stück Makulatur verkommen. Von Innovation ist nichts mehr zu spüren.

Fangen wir mit dem Leistungssport an! Die Landesregierung macht es sich zu einfach, wenn sie bei der Finanzierung des Leistungssports immer wieder auf Kompetenzfragen herumreitet. Emil Beck in Tauberbischofsheim wäre sicherlich ein unbekannter kleiner Trainer geblieben, hätte er immer nach Kompetenzen gefragt. Es geht nicht um Kompetenzen, meine Damen und Herren, sondern darum, wie wir die Rahmenbedingungen schaffen können, damit unsere Sportlerinnen und Sportler aus Nordrhein-Westfalen mit anderen in der Welt mithalten können.

Ein Reizwort dazu sind die Olympiastützpunkte, von denen wir hier im Lande vier

eingerrichtet haben. In Nordrhein-Westfalen tun sich Landesregierung und Landessportbund damit schwer. Tatsache ist, daß, wenn nicht der Bund ab 1987 unbürokratisch Mittel bereitgestellt hätte, Olympiastützpunkte immer noch nur auf dem Papier stünden. (C)

Auch die Behauptung der Landesregierung anlässlich der Sportreferentenkonferenz in Berlin, die Bundesregierung unterscheide bei der Bewilligung finanzieller Zuwendungen an die Olympiastützpunkte nach A- und B-Ländern, ist völlig abwegig.

Präsident Denzer: Herr Kollege, ich möchte Sie kurz unterbrechen, um Ihnen etwas mehr Ruhe zu verschaffen.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ihr Gehör. Es ist sicherlich Verständnis dafür vorhanden, daß man den Plenarsaal gelegentlich verlassen muß. Aber dann bitte ich doch um ein wenig Rücksichtnahme, damit die Verhandlungen hier fortgeführt werden können. Herr van Schewick, Sie haben weiterhin das Wort.

van Schewick (CDU): Ich erwähnte, daß es abwegig ist, zwischen A- und B-Ländern bei der Finanzierung zu unterscheiden. Die Bundesregierung, Herr Minister, läßt sich ausschließlich von sportfachlichen Notwendigkeiten leiten.

(Minister Schwier: Das wollen wir hoffen!)

In den B-Ländern Baden-Württemberg und Niedersachsen haben sich die Landessportbünde und die Länder sehr stark in den Olympiastützpunkten engagiert. Hingegen fehlt leider bisher dieses starke Engagement in einigen A-Ländern, sieht man einmal von der verhältnismäßig hohen finanziellen Unterstützung des Saarlandes für den neugegründeten Olympiastützpunkt ab. (D)

Bei den meisten Olympiastützpunkten liegt die Beteiligung des Bundesministers des Innern an den Gesamtkosten des Wirtschaftsplans zwischen 20 und 60 %. Sie liegt beim Olympiastützpunkt Ruhr-Ost für den Bund überproportional bei rund 80 %; in Warendorf steuert der Bund rund 65 % hinzu. Im Vergleich dazu liegen die Landesanteile in Köln/Leverkusen bei 8 % und in Ruhr-Ost bei ganzen 6 %.

Es muß hier die Frage gestellt werden, wenn sich andere Länder an der Finanzierung der A-, B- und C-Kader in ihren Olympiastützpunkten beteiligen, warum das Land

(van Schewick (CDU))

- (A) Nordrhein-Westfalen sich nicht in dem erforderlichen Maße engagiert.

Heute sind in der Tat in Nordrhein-Westfalen nur die Mittel des Bundes eine feste Kalkulationsgröße für die Olympiastützpunkte. Dies wird in der Diskussion offenbar übersehen. Der Bundesminister des Innern stellt für die Kosten der Bundesleistungszentren jährlich rund 11 Millionen DM zur Verfügung. Die Bundesmittel für die Olympiastützpunkte in Höhe von 5,5 Millionen DM im Jahre 1988 und 7 Millionen DM in 1989 sind in diesem Betrag nicht enthalten; sie werden zusätzlich bewilligt.

Im Gegensatz zur Landesregierung, die die Sportfördermittel in wichtigen Bereichen in den letzten Jahren kontinuierlich abgebaut hat, hat die unionsgeführte Bundesregierung die Mittel allein für die Förderung des Spitzensports seit 1982 um mehr als 60 % angehoben - eine Tatsache, die auch die F.D.P. nicht leugnen kann. Ich sage dies deshalb, weil hier in einer der letzten Diskussionen eine entgegengesetzte Aussage von der F.D.P. gemacht worden ist.

Im Jahre 1982 - das war das letzte Jahr der sozial-liberalen Koalition - betrugen die Mittel für die Förderung des Hochleistungssports 48,2 Millionen DM. 1988 stellt die Bundesregierung für diesen Zweck 72,9 Millionen DM bereit, und 1989 werden es nach Abzug der Kosten für die Olympischen Spiele in diesem Jahr 67,6 Millionen DM sein.

(B)

Für den Sport insgesamt wendet die Bundesregierung in diesem Jahr rund 326 Millionen DM auf gegenüber 174 Millionen DM im Jahre 1982. Diese Zahlen sprechen für sich und belegen eindeutig, daß noch nie eine Bundesregierung derart hohe Leistungen für den Sport erbracht hat.

(Dorn (F.D.P.): Hui, hui!)

- Nordrhein-Westfalen, Herr Kollege Dorn, muß für den Spitzensport - darüber sind wir uns doch wahrscheinlich einig - einiges mehr tun, als nur den Hinweis auf die Spielerlöse aus der Wette "Spiel 77" zu geben.

(Minister Schwier: "nur" ist gut!)

Die sind beim Landessportbund gut aufgehoben.

Ein Wort zum Breitensport! Hier haben die Vereine und Verbände dank immensen ehrenamtlichen Einsatzes in den letzten Jahren Strukturen verändert, die die Vereine in die Lage versetzen, den Führungsanspruch des organisierten Sports auch in Zukunft zu wahren.

Was soll eigentlich aus Programmen der Landesregierung werden? Mit großem materiellem und personellem Aufwand wurden Modelle initiiert, z. B. die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Borken oder die des Westfälischen Fußballverbandes. Jetzt, da die ersten Maßnahmen auslaufen, beginnt das Zähneklappern, denn ohne Geld läuft nichts. (C)

Die CDU versteht nicht das Verhalten der SPD-Fraktion bezüglich der Einstellung arbeitsloser Sportlehrer. Wenn wir - und darin waren wir uns doch alle einig - uns alle zur sozialen Offensive im Sport bekennen, dann müssen wir auch diese soziale Offensive subventionieren, wie es in anderen Bereichen geschieht. Die Aktion "arbeitslose Sportlehrer" ist auch Sozialpolitik mit anderen Mitteln. Die CDU sieht die Bedeutung der ehrenamtlichen Mitarbeit im Sport, aber daneben auch, daß die Hauptamtlichkeit, wofür einige Sportlehrer hätten eingestellt werden können, immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Bereits aus dem Modellprogramm "Sport im Ruhrgebiet" weiß man, daß so stark gepuschten Programmen die Luft ausgeht, wenn der Wind nicht mehr bläst, d. h. das Geld fehlt. Aber dennoch hat man beim Breitensportprogramm denselben Fehler gemacht. Noch kann die Landesregierung das Kind retten, bevor es ertrinkt. Wenn es jetzt an die landesweite Umsetzung geht, kann sich die Landesregierung nicht in die Beobachterrolle zurückziehen. Sie muß helfen, und zwar auf Dauer und subsidiär. Das heißt, Land und Landessportbund müssen weiterhin Sach- und Personalmittel bereitstellen. (D)

Unterstützen wir auch die Gemeinden, die jetzt Jugendämter einrichten, wenn sie dort auch Stellen für Sportlehrer einrichten; denn Jugendsozialarbeit darf nicht gegenüber sportlicher Jugendarbeit privilegiert sein.

Wie sieht es in Nordrhein-Westfalen mit dem Vereinshilfeprogramm aus? Seit Jahren stagniert hier die Gesamtförderungssumme. Die Vereinsarbeit wird durch immer mehr qualifiziert ausgebildete Mitarbeiter verbessert, aber der Landeszuschuß sinkt kontinuierlich. Mittlerweile ist die 300-DM-Grenze je Übungseinheit erreicht. Kostendeckend ist das schon lange nicht mehr.

In diesem Zusammenhang frage ich Sie: Warum werden eigentlich kontinuierlich die Mittel für die Eingliederung ausländischer Mitbürger im Sport gekürzt? Wir halten dies gerade unter dem Aspekt der Integration ausländischer Mitbürger für besonders gravierend, ist doch

(van Schewick (CDU))

- (A) der Sport oftmals die einzige Möglichkeit der Begegnung von Ausländern und Deutschen.

Bleiben wir noch ein wenig beim Breitensport, den wir alle ausgebaut sehen wollen. Hierzu bedarf es aber zusätzlicher Anlage nicht genommener Spielplätze. Wir müssen uns auf die örtliche Suche machen, wo noch Räume sind. Wir müssen Substanzerhaltung und Modernisierung der Sportanlagen stärker vorantreiben. Die Breitensportförderung sollte auch Geräteförderung enthalten.

Hinsichtlich des Sportstättenbaus muß die Frage nach einem zweiten Goldenen Plan gestellt werden, in dem die langfristigen Veränderungen der Rahmenbedingungen für den Sport, die Entwicklung innerhalb des Sports, insbesondere im Hinblick auf das Sportverhalten der Bevölkerung, und ein umfassender Maßnahmenkatalog über die zu schaffenden Voraussetzungen der Sportentwicklung und des Sportstättenbaus erarbeitet werden sollten.

Der Sportstättenbau sollte sich an den örtlichen Gegebenheiten orientieren. Starre DIN-Normen sind oft störend. Die Forderung von Johannes Eulering nach der sportgerechten Stadt kann nur ein Traum bleiben, wenn niemand darangeht, dies auch umzusetzen.

- (B) Ein Wort zur Vereinsbesteuerung! In den letzten Jahren hat die Diskussion darüber auch dieses Haus beschäftigt. Mancher SPD-Politiker hat sich dabei nicht gerade als Verfechter der Vereinsbelange erwiesen. Die CDU-Bundesregierung hat jetzt gehandelt. Ab 1990 brauchen mehr als 95 % der Vereine keine Gewerbe- und Körperschaftsteuer mehr zu zahlen. Die übrigen, die die Bemessungsgrenzen von jeweils 60 000 DM übersteigen, haben die Wahlmöglichkeit zum § 67 a der Abgabenordnung, der bekanntlich die Gemeinnützigkeit auch im bezahlten Sport sicherstellt.

Jetzt wissen die Vereine, wo es längs geht, und die Finanzämter verlieren ihren Schrecken. Der Präsident des Deutschen Sportbundes, Hansen, begrüßt ausdrücklich diese Entscheidung.

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie fragen ständig: Wie wollen Sie Ihre Forderungen, die Forderungen der CDU, umsetzen, und wie sollen diese finanziert werden? Wir sagen: Sie nehmen durch die Steuerreform mehr ein. Allein im ersten Jahr dieser Reform ist ein Mehr von 2,5 Milliarden DM in die Kasse des Landes geflossen, im zweiten Jahr - also in diesem Jahr - bis

einschließlich August bereits ein Mehr von 1,75 Milliarden DM, und im Jahre 1990 wird nicht weniger, sondern mehr in der Kasse des Landes sein, ungefähr 2,6 Milliarden DM. Sie nehmen insgesamt viel ein, geben dies aber nicht sinnvoll aus. (C)

Ich sage Ihnen auch im Vergleich dazu: Sie schließen sehr angesehene Sportinstitute, zum Beispiel das in Bonn. Die personelle und sachliche Ausstattung ist in Bonn - ich führe dies als Beispiel an - im Vergleich zu anderen Standorten überdurchschnittlich gut. Bonn hat 21 Planstellen im wissenschaftlichen Bereich, mehrere Sporthallen, vier Sportplätze, eine Schwimmhalle, ein Ruderhaus sowie Tennis-, Basketball- und Handballplätze.

Es erscheint in der Tat widersinnig, wenn ein solch intaktes, funktionierendes Institut geschlossen wird und andere Institute - wie zum Beispiel in Wuppertal oder Düsseldorf - unter erheblichen finanziellen Aufwendungen erst geschaffen werden müssen. Diese Argumente halte ich Ihnen entgegen, wenn Sie fragen, wo wir eine Umverteilung vornehmen wollen.

Die CDU-Anträge zum Sporthaushalt wären finanzierbar. Die CDU lehnt den von der Landesregierung vorgelegten Sporthaushalt ab.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Das Wort erteile ich nunmehr Herr Abg. Dorn für die Fraktion der F.D.P. (D)

Dorn (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Sporthaushalt in diesem Jahr ist ja ein Haushalt, der so, wie ihn die Regierung vorgelegt hat, die Zustimmung von keiner Fraktion gefunden hat.

(Minister Schwier: Das kommt vor!)

Selbst die Kollegen der SPD-Fraktion waren mit dem Haushaltsplan der Landesregierung nicht einverstanden und haben ja daraus resultierend auch eine Reihe von Änderungsanträgen gestellt. Bei diesem Verfahren im Sporthaushalt erlebten wir zum ersten Mal eine neue Methode. Kollege Kniola hat uns vorhin vorgeworfen, wir hätten keine ausreichenden Deckungsvorschläge für die Mehrausgaben, die wir beantragt haben, eingebracht.

(Kniola (SPD): Hier im Parlament nicht!)

(Dorn (F.D.P.))

- (A) - Herr Kollege Kniola, hier im Parlament nicht mehr, das ist richtig. In den Fachausschüssen haben wir aber genügend Deckungsvorschläge eingebracht. Herr Kollege Tschoeltsch hat Ihnen ja noch einmal vorgerechnet, daß wir sogar für über 50 Millionen DM mehr Deckungsvorschläge eingebracht haben, als wir Haushaltsausgabenansätze beansprucht haben.

Nur, als ich das Verfahren der Erhöhung der einzelnen Positionen im Sportausschuß durch die Anträge Ihrer Fraktion angesprochen und nach Deckungsvorschlägen gefragt habe, da haben mir Ihre Parteifreunde erklärt, sie dächten nicht daran, auch nur für einen einzigen Pfennig Mehrausgaben Deckungsvorschläge einzureichen, sondern sie nähmen - genau wie die Regierung - für sich in Anspruch, Mehrausgaben zu beschließen. Dann solle eben durch den Haushalt die Deckung erfolgen.

Ich meine, es ist ja irgendwo nicht ganz redlich, wenn Sie uns das Verfahren vorwerfen, das nicht zutrifft, aber das Verfahren Ihrer eigenen Fraktionskollegen hier nicht mit einem einzigen Wort erwähnen.

(Zustimmung bei der F.D.P. - Kniola (SPD): So ist es falsch!)

- Warum ist das falsch?

(Kniola (SPD): Weil es um die Größenordnung geht!)

- (B) - Weil es um die Größenordnung geht, ist es falsch? Das ist eine interessante Bemerkung - sehr interessante Bemerkung; haushaltsrechtlich natürlich überhaupt nicht haltbar. Aber das interessiert Sie in dem Zusammenhang dann ja auch nicht.

Die CDU hat mit unserer Unterstützung beantragt, bei den Olympiastützpunkten 600 000 DM mehr einzusetzen; das hat die SPD abgelehnt. Dann hat die SPD beantragt, 350 000 DM mehr einzusetzen.

(Herder (SPD): Mit Deckung!)

- Herr Kollege Herder, auf Ihre Erklärung, die Sie für Ihre Fraktion im Ausschuß abgegeben haben, kommen wir gleich noch zu sprechen.

Nur, das Interessante dabei ist für mich noch folgendes: Als wir das letzte Mal über den Antrag der CDU-Fraktion zur "Stärkung der Olympiastützpunkte" geredet haben, waren Sie und wir der Meinung, die Olympiastützpunkte seien doch wegen der A-, B-, und C-Kader

mehr eine Finanzierungsaufgabe des Bundes. Interessant ist doch, daß Sie jetzt in die Breitenwirkung gehen und die Olympiastützpunkte mit fördern wollen. (C)

Nach dem, was der Bundesinnenminister Zimmermann in den letzten Wochen seit der Olympiade in Seoul zur Steigerung der Unterstützung des Spitzensports und zur Überprüfung, was an Spitzensportmaßnahmen überhaupt noch unterstützt werden soll, gesagt hat, werden wir uns alle gemeinsam überlegen müssen, in welchem Umfang wir in Zukunft tatsächlich Olympiastützpunkte unterstützen sollten. Das ist eine Frage, über die wir in unserer Fraktion, vielleicht auch noch einmal im Sportausschuß und im Fachausschuß unseres Landesverbandes nachdenken müßten.

Herr Kollege van Schewick, insofern kann ich Ihre Ausführungen zur Höhe der Bundesförderung des Sports nicht unterstützen. Sie sagen, die Sportförderung durch die CDU-Regierung hätte jetzt eine Höhe erreicht wie unter keiner anderen Regierung vorher. Das ist ein wenig an den Zahlen vorbeigemogelt. Ich erinnere mich noch sehr genau, daß wir, als ich selber für den Sport auf Bundesebene zuständig war, einige zig Millionen DM mehr für sportliche Positionen ausgegeben haben. Aber es hat keinen Sinn, heute noch darüber zu streiten; tempi passati. Sie sollten Ihre Behauptung einmal anhand der Ausgaben der letzten zwanzig Jahre überprüfen. Dann werden Sie zu ganz konkreten anderen Vorstellungen kommen. Außerdem ist es ja wohl eine CDU-geführte Bundesregierung und nicht eine CDU-Bundesregierung. (D)

Die CDU hat den Antrag gestellt, für Zuschüsse zur Übungsleiterförderung in den Vereinen 1 Million DM mehr einzusetzen. Wir haben den Antrag unterstützt, weil wir der Auffassung sind, daß hier wirklich dringend eine Positionsveränderung notwendig ist, wenn man sich die Entwicklung der sportlichen Positionen in den letzten Jahren ansieht.

Die SPD-Anträge zum Sportstättenbau, 10 Millionen DM und 20 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen mehr, die zum Teil erst 1992 fällig werden - beide Anträge ohne Deckungsvorschläge, Herr Kollege Herder! -, zeigen ja, daß im Endergebnis nun einiges erreicht werden kann, was in den letzten Jahren versäumt worden ist. Ich meine aber, daß wir anhand unserer Großen Anfrage, über deren einzelne Punkte wir uns im nächsten Jahr außerhalb der Haushaltsberatungen unterhalten werden, sicher noch eine Reihe von Überlegungen anstellen müssen, in

(Dorn (F.D.P.))

- (A) welchen Bereichen sportliche Aktivitäten stärker gefordert werden müssen und in welchen vielleicht auch eine Aufgabenverlagerung im sportlichen Bereich, was die Unterstützungen angeht, vorgenommen werden müßte. Wir freuen uns auf diese Zusammenarbeit mit allen Fraktionen und dem Ministerium im Sportausschuß.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abg. Dr. Worms (CDU))

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der SPD hat nunmehr Herr Abg. Herder das Wort.

Herder (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine sehr verehrten Kollegen von der CDU und Herr Kollege Dorn, ich habe an Ihren Ausführungen eigentlich nur gemerkt, daß wir fast gar nicht auseinander sind. Besonders nach den Ausführungen des Kollegen van Schewick muß ich feststellen, daß wir hier im Landtag eine Sportpolitik betreiben, die - wie ich behaupte - aus einem Guß ist und bei der Sie im Grunde außer zusätzlichen finanziellen Förderungen nichts weiter verlangen. Dazu muß ich aber feststellen, daß Sie bis auf die angeblichen zusätzlichen Steuereinnahmen zu keinem Zeitpunkt irgendeinen Deckungsvorschlag gemacht haben. Das ist sicherlich der Punkt, wo wir auseinander sind. Von daher hat es mich eigentlich gefreut, daß Sie die Sportpolitik der SPD-Landesregierung hier bestätigt haben.

- (B) Herr Kollege van Schewick, daß Sie an einigen Stellen herumgemäkelt haben, ist das Recht der Opposition. Darauf wartet man, darüber freut man sich. Ich habe aber nicht gehört, daß Sie an der Programmatik dieser von der SPD-Landesregierung betriebenen Sportpolitik etwas Entscheidendes ändern wollen. Das zeigt mir nur - und Herr Kollege Dorn hat das im Grunde bestätigt -, daß wir eine sehr einvernehmliche Sportpolitik betreiben. Sicherlich ist es notwendig - da bin ich Herrn Kollegen Dorn sehr dankbar -, im nächsten Jahr über bestimmte Inhalte neu nachzudenken. Zum Beispiel auch über das Thema Olympiastützpunkte werden wir nachdenken und uns überlegen müssen, wohin die Reise gehen soll. Die Reise kann sicherlich nicht dahin gehen - wie ein Vertreter aus dem BAL verlangt hat, so mal eben pauschal -: Die Länder haben 50 Millionen DM zu bezahlen; seht zu, wo ihr es herbekommt. Das werden sicherlich alle drei Fraktionen nicht wollen.

Ich sage noch einmal: Wir sind nicht sehr weit auseinander, und das freut mich, weil es

bestätigt, daß diese Sportpolitik, die ja beispielhaft für die ganze Bundesrepublik ist, bei uns vorgedacht wird. Sie ist eine gute Sportpolitik. (C)

Mit dem Aktionsprogramm Breitensport hat die Landesregierung für die soziale Offensive im Sport Voraussetzungen geschaffen, die dem Fernziel "Sport für alle" durchaus Realisierungschancen einräumen.

Um nur noch einmal ein paar Daten in Erinnerung zu rufen: Wir besitzen ein flächendeckendes Angebot von über 400 Herzgruppen. Der Altersport wurde hier in Nordrhein-Westfalen schon realisiert, als von der Volkszählung mit ihren Ergebnissen noch nicht einmal die Rede war. 55 Heime der öffentlichen Erziehung sind in unser Programm "Sport in Heimen" eingebunden. Programme für jugendliche Arbeitslose, Sportangebote in Aussiedlerschwerpunkten, neue Aktivitäten an zehn Standorten zum Breitensport mit Kindern und Jugendlichen sind weitere Hinweise, daß wir das Stichwort von der sozialen Offensive im Sport ernst nehmen.

Im Schulsport hat der Kultusminister in diesem Sommer in meiner Heimatstadt Wuppertal eine neue, bundesweit beachtete Initiative zur Gesundheitserziehung mit den Mitteln des Sports gestartet. Nordrhein-Westfalen behält auch im Schulsport die Nase vorn, auch wenn die Präsidentin des Fechterbundes in einem pauschalen Rundumschlag gemeint hat, der Schulsport in Deutschland wäre "alles Kappes". Das soll sie bitte erst einmal belegen. Daß man im Schulsport vieles besser machen kann, weiß ich selbst auch. (D)

Aber auch im Leistungssport kann sich Nordrhein-Westfalen sehen lassen. Unsere Sportler sind überproportional in den Spitzenkademern vertreten. Unsere vier Olympiastützpunkte sind in ein mehr und mehr differenziertes Programm der Talentsuche und Talentförderung eingebunden, und wir haben die Förderung erhöht.

Wir sind - Herr Dorn, da stimme ich Ihnen zu - in der Frage "Bezuschussung der Olympiastützpunkte" über unseren eigenen Schatten gesprungen. Das ist uns sehr schwergefallen, weil wir einfach sehen, daß der Bund vollmundig etwas verspricht, aber es nach unserer Auffassung nicht ausreichend einhält.

Herr Kollege van Schewick: Wir können gern dieses Spielchen mit den A- und B-Ländern betreiben. Ich habe in Berlin eine Liste bekommen, wieviel der Bund fördert. Anhand dieser Liste kann ich sehr einfach nachwei-

(Herder (SPD))

- (A) sen, daß der Bund eindeutig unterschiedlich nach A- und B-Ländern fördert und nicht danach, wo Schwerpunkte sind. Er fördert eindeutig die Länder, die eine CDU-Regierung haben, stärker. Da kann ich nur sagen: Das widerspricht unserem Charakter. Das dürfte nicht sein, Herr van Schewick, daß in diesem Maße Parteipolitik betrieben wird.

(Dautzenberg (CDU): Wie war das denn vor 1982?)

- Herr Dautzenberg, ich glaube,

(Dautzenberg (CDU): Nicht glauben, sondern belegen!)

bei den Olympiastützpunkten, einer neuen Einrichtung,

(Dorn (F.D.P.): Das war immer so.)

können wir sehr genau nachweisen, daß hier Parteipolitik betrieben wird. Das bedauere ich sehr, daß das gemacht wird.

(van Schewick (CDU): Wir tauschen gern die Zahlen einmal aus.)

- Gern, Herr van Schewick. Dann werden Ihnen die Augen übergehen.

Zum Spitzensport! Ich habe schon in der letzten Rede zu den Olympiastützpunkten gesagt: Die Förderung des Bundes für den Sportstättenbau ist ein lächerlicher Betrag gegenüber dem Betrag, den das Land einsetzt. Also, so gut sieht der Bund gar nicht aus.

(B)

Hinzu kommt, daß er ja seit Ende der 60er Jahre für sich in Anspruch nimmt, daß er für den A-, B- und C-Kader zuständig ist, während wir für den D-Kader zuständig sind. Von daher können Sie nicht die Zahlen ansetzen, daß wir womöglich 80 % bezahlen sollen und der Bund vielleicht nur 20 %. Das machen wir nicht mit, und das werden wir auf jeden Fall immer wieder anprangern, ob es Ihnen paßt oder nicht paßt. Die einzigen, die mir dabei immer wieder sehr leid tun, sind im Grunde genommen die Olympiastützpunkte selbst, weil sie in dieses Gerangel zwischen Bonn und Düsseldorf hineinkommen. Das ist sicherlich nicht sehr gut. Nur, Herr Kollege van Schewick: Es wäre sehr hilfreich, wenn Sie Ihre Kollegen in Bonn einmal ein bißchen zur Seite nehmen und vielleicht die vorhandene Spannung entschärfen könnten.

Nordrhein-Westfalen war bisher ein guter Standpunkt für den Sport. Es ist ein guter Standpunkt für den Sport, und es wird auch

durch die SPD-geführte Landesregierung weiterhin ein guter Standort für den Sport bleiben. Dazu trägt vor allem der fühlbar erhöhte Ansatz für den Sportstättenbau bei. (C)

Wir geben für die nächsten Jahren 30 Millionen DM mehr für den Sportstättenbau aus. Ich weiß, daß das Ihrem parteipolitischen Kalkül etwas widerspricht; jetzt können Sie nicht mehr so sehr auf uns herumhacken. Wir haben in diesem Punkt in der SPD-Fraktion sicherlich einen Erfolg erzielt. Herr Dorn, wir haben das nicht decken können; darin stimme ich Ihnen völlig zu. Aber die SPD-Fraktion war der Auffassung, daß man hier einen Schwerpunkt setzen sollte.

Ich will an dieser Stelle die Amtlichen Mitteilungen des Kreissportbundes Aachen einmal herausgreifen. Darin hat der Vorsitzende, Leo Widdeler, einen Artikel gebracht, der von "280 000 DM ungenutzt und verschenkt" spricht. Dort werden - "versprochen" heißt es am Ende - Versprechungen eingefordert. Ich glaube, daß wir diese erfüllt haben.

Wenn man diesen Artikel liest, muß man feststellen, daß dieser Herr Widdeler wirklich blauäugig an die Sache herangeht und meint, er brauche nur einfach Forderungen aufzustellen, damit diese sofort erfüllt werden. Man stellt, wenn man nachfragt, auch sehr bald fest, daß das alles eine sehr schöne Wahlkampfbroschüre der CDU ist, so wie es von Herrn Widdeler in den amtlichen Nachrichten des Kreissportbundes ausgeführt worden ist. Das bedaure ich, daß billigste Parteipolemik hineingebracht wird. Ich würde begrüßen, wenn das etwas objektiver gehandhabt würde. (D)

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

- Das glaube ich nicht. Wir wissen, daß wir mit diesen neuen Ansätzen im nächsten Jahr noch längst nicht alle Sportstättenwünsche erfüllen können, daß nicht alle Anträge bereits bewilligt werden können. Wir werden unsere Anstrengungen zur Sicherung des Sportstättenbaus und damit zur Sicherung der entscheidenden Grundlage für das Zukunftsbau Sport in unserem Lande fortführen.

Wir sind aber auch sicher, daß im nächsten Jahr viele Bauvorhaben, die bisher keine Aussicht auf Realisierung hatten, bewilligt werden können.

Am heutigen Abend wird der Herr Ministerpräsident - theoretisch muß der Empfang vor einer Minute begonnen haben - für die Olympiateilnehmer aus unserem Lande einen Empfang geben. Ich bin ihm schon jetzt dafür dankbar, daß er von Anfang an auch die

(Herder (SPD))

- (A) Behinderten in diese Ehrung zum Jahresabschluß einbezogen hat. Bei uns bedurfte es keiner peinlichen öffentlichen Diskussion wie auf der Bundesebene, um bewußt zu machen, daß Integration von Behinderten kein leeres Schlagwort ist, sondern daß wir versuchen, es in unserer gesamten Sportpolitik zu realisieren.

Auch an diesem kleinen Beispiel wird deutlich: In Nordrhein-Westfalen machen wir eine Sportpolitik aus einem Guß, und wir werden auch in Zukunft nicht erlahmen. Nicht alle Wünsche konnten wir erfüllen. Wir müssen noch manchen Schritt tun, um den Vereinen ihre Bewegungsräume in unserer Gesellschaft zu erhalten.

Wir werden weiter dafür eintreten, daß die Übungsleiterpauschale von zur Zeit 2 400 DM auf 3 600 DM erhöht wird, und ich sage auf jeder Veranstaltung: Für mich ist es ein Witz, daß der Präsident des Deutschen Sportbundes bis vor wenigen Monaten 3 600 DM gefordert hat und daß er sich heute beim Bundeskanzler Kohl dafür bedankt, daß er 2 400 DM bekommen hat. Ich frage mich, wie er dazu kommt. Das ist einfach albern.

Herr Kollege van Schewick, Sie haben die 60 000 DM angesprochen. Ich hoffe, daß die Bundesregierung das wirklich durchführt, und ich werde

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

- (B) - wunderbar, Herr Kollege Leo Dautzenberg! - der Bundesregierung auch von diesem Platz aus dafür danken, wenn sie das tatsächlich durchziehen wird, weil dies für den Sport sicherlich positiv sein wird.

Es gibt bei diesem Punkt aber noch einige Fragen. Ich habe die Hoffnung, daß sie für den Sport positiv beantwortet werden, weil dann für den Vereinssport eine ganze Menge getan wird. Solange ich diese Hoffnung habe, werde ich jedenfalls nichts Negatives zu diesem Punkt sagen.

Ich glaube, meine Herren Kollegen Dautzenberg und van Schewick, wir müßten darauf achten - ich hoffe, daß es sich in diesem Bereich auch erfüllt -, daß für die Sportvereine eine Entbürokratisierung herauskommt.

Die Probleme, die die Sportvereine gerade gegenüber den Finanzämtern haben, sind zu groß. Wir können das leider nur über Bundesgesetze regeln. Ich hoffe, daß wir das hinbekommen. Ich würde der Bundesregierung dafür sicher noch einmal besonders danken.

Wir wollen den Ehrenamtlichen in rund 19 000 Sportvereinen unseres Landes die Wirkungsräume eröffnen, die sie für ihr Tun brauchen. (C)

Dann, Herr Kollege van Schewick, zu Ihrem unheimlichen Deckungsvorschlag! Ich habe ja vollstes Verständnis dafür, daß Sie als Bonner Bürger, als Bonner Wahlkreisabgeordneter, vehement für den Bereich Sport an der Uni in Bonn kämpfen. Aber es ist für mich als Wuppertaler natürlich ein Witz, wenn Sie sagen: In Düsseldorf und Wuppertal ist sowieso alles marode; das muß geschlossen werden! Ich lade Sie gern einmal ein: Kommen Sie mit mir nach Wuppertal, und die Professoren und Studenten an der Gesamthochschule Wuppertal werden Ihnen erläutern, wie wenig marode das ist und daß dort hervorragende Ausbildung stattfindet. Ich glaube, daß Sie das dann alles anders sehen würden, als Sie es aus Ihrer lokalpolitischen Sicht so eben einmal aus dem Ärmel geschüttelt haben.

(van Schewick (CDU): Das bezweifle ich nicht; aber daß das Bonner Institut noch funktioniert und eine Infrastruktur hat, die beispielhaft ist und in Wuppertal so nicht vorhanden ist, ist auch un- zweifelhaft!)

- Herr Kollege van Schewick, selbstverständlich hat Bonn eine hervorragende Einrichtung. Nur wissen Sie genausogut wie ich, daß wir wesentlich zu viele Ausbildungsplätze haben, daß sie nicht ausgenutzt sind. Dann muß man eben an bestimmten Stellen schmerz- hafte Einschnitte vornehmen. Anders geht das nicht. (D)

Und dabei ist eben nach Abwägung Bonn durch den Raster gefallen. Daß das Ihnen als Lokalpolitiker wehtut, dafür habe ich volles Verständnis. Der Finanzminister sieht Sie auch an. Wenn er mehr Geld hätte, würde er sicher Bonn auch bezahlen. Er hat es aber nicht!

Dann noch einmal zu den Sportvereinen! Den Ehrenamtlichen, die in unseren Vereinen zu Hunderttausenden auf allen Ebenen tätig sind, möchte ich am Schluß dieses erfolgreichen Sportjahres unseren besonderen Dank sagen. Ohne ihr Engagement wäre unser Tun in der Sportpolitik nur die Hälfte wert. Wir, die SPD-Fraktion, werden für sie weiterhin ein verlässlicher Partner sein. Sie, die Mitarbeiter in den Sportorganisationen, die Millionen Kinder und Jugendlichen in den Sportvereinen, alle sporttreibenden Bürger unseres Landes verdienen unser Engagement. Wir

(Herder (SPD))

- (A) werden uns auch in Zukunft für sie einsetzen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Wir haben damit den Bereich des Sports im Einzelplan 05 abgeschlossen.

Ich rufe den Bereich Kultur auf und erteile zunächst Frau Abg. Matthäus für die Fraktion der CDU das Wort.

Frau Matthäus (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich an den Anfang meinen Dank für den erhöhten Haushaltsansatz stellen. Es war ein Signal, das wir und vor allen Dingen Künstler und die Kulturinstitute dringend brauchten. Kultur hat Konjunktur. Immer mehr Menschen verfügen über immer mehr erwerbsfreie Zeit. Immer mehr Menschen suchen aber auch in einer Lebensumwelt, die immer komplizierter wird und sich schnell verändert, nach Geborgenheit und Identität.

Wir als Parlamentarier müssen Wege suchen, um Freiräume zu schaffen und Finanzhilfen für die Teilhabe an Kultur zu geben. Da ist das Land gefordert.

Die Regierung hat im Haushalt einen Ansatz von 50 Millionen DM zur Entwicklung der ländlichen Regionen geschaffen. Wir sind der Meinung, daß man mit diesem Geld auch Gütersloh hätte stärken können, das Aufgaben für den ländlichen Raum übernommen hat und mit fast 50 beteiligten Gemeinden Aufgabebereich wahrnimmt, die eigentlich in den Bereich der Entwicklung von ländlichem Raum gehören.

Außerdem sind in diesem Verband des Gütersloher Sekretariats die Städte zusammengeschlossen, die zumeist über kein Kulturamt verfügen und deren Aufgaben insgesamt von diesem Sekretariat übernommen worden sind.

Weitere Aufgaben, die zur Entwicklung der ländlichen Region gehören, sind sicherlich Aufgaben, die die Landestheater und Landesorchester übernommen haben. Es ist einfach nicht gut, wenn die Gemeinden irgendwann einmal ein Konzert oder eine Theateraufführung von den Landestheatern und Landesorchestern annehmen. Eigentlich müßten Spielpläne verkauft und gekauft werden; denn die Bürger im ländlichen Raum haben darauf einen Anspruch.

Wir hatten schon einmal für das Gemeindefinanzierungsgesetz einen Ansatz für

theatertragende Städte gefordert. Ich meine, wir müßten auch weiterhin über solche Möglichkeiten nachdenken; denn Theater ist Umlandaufgabe. Das gilt aber dann auch für alle Trägergemeinden von Landestheatern und Landesorchestern. Damit könnte die Basis, auf der diese Einrichtungen arbeiten, breiter und berechenbarer werden.

Wir haben den Antrag gestellt, die musisch-kulturelle Bildung zu verstärken. Was ist bisher passiert? Welche Schulen führen den Modellversuch durch? Wo sind die Lehrer, um die Stunden, die schon laut Stundentafel erteilt werden sollen, wirklich zu erteilen?

Ich habe eben gesagt: Kultur hat Konjunktur. Wir aber müssen dann den Menschen die Chance geben, daran teilzuhaben.

(Beifall bei der CDU)

Anfangen müßte das bei den Kindern. Darum müßten wir eigentlich sehr viel mehr für die Musikschulen tun. Wir dürften nicht nur den Unterricht mit Behinderten und die Lehrerfortbildung fördern, wir müßten auch wieder den Unterricht für alle Schüler an der Musikschule fördern.

Und wir müßten sehr viel mehr für Schulbibliotheken tun. Dabei bin ich in den letzten Tagen wieder darauf angesprochen worden, daß Neubauten und Umbauten von Schulbibliotheken nicht genehmigt werden. Ich frage, ob das wirklich so ist - und ob das wahr sein kann.

Wir müssen uns darüber unterhalten, welches Konzept wir für Kulturpolitik des Landes wollen. Wir wollten aber auch ein Konzept haben, das die Landesregierung für die Kultur in diesem Land will. Oder will sie lieber kein Konzept, um von einem Jahr zum andern das, was getan werden soll, zu verändern?

Mehr als ein Drittel der Aussiedler, die in die Bundesrepublik kommen, werden in Nordrhein-Westfalen aufgenommen. Gerade die Aussiedler aus Osteuropa sind von einer kulturellen Tradition geprägt, die über Jahrhunderte im Austausch mit der Kultur ihrer Herkunftsländer gewachsen ist. Diese kulturelle Tradition, die bei uns weitgehend unbekannt ist, darf nicht in Vergessenheit geraten, weil sie ein Bestandteil langer europäischer Geistesgeschichte ist. Wir müssen ein Aktionsprogramm entwickeln, um die Pflege dieser Kultur zu fördern.

Wir wollen mehr Mäzenatentum und Kultursponsoring. Dazu müssen wir aber denen, die

(C)

(D)

(Frau Matthäus (CDU))

- (A) wir um Hilfe angehen, sagen können, für welches Programm wir ihre Hilfe haben wollen. Noch fehlt uns dieses Programm.

Wir sprechen erneut die Landesstiftung für Kultur, Denkmalschutz und Naturschutz an. Wer weiß eigentlich in unserem Lande etwas von dieser Stiftung? Wo werden Anstrengungen unternommen, Bürger für diese Stiftung zu begeistern? Auch wir wissen nur aus sporadischen Berichten in der Presse, welche Projekte diese Stiftung fördert. Soweit ich informiert bin, ist das einzige Kulturprojekt bisher der Karlsschrein in Aachen. Ich halte die Finanzierung dieses einen Projekts für ein "Feigenblatt" bei der Finanzierung von Denkmalschutz und Naturschutz. Nach welchen Kriterien werden die Mittel verteilt? Wer kann welche Projekte einreichen - mit welcher Aussicht auf Erfolg?

Wir wissen und unterstreichen, daß öffentliche Kulturförderung einfach unverzichtbar ist. Wir fordern die gemeinsame Finanzierung von Land und Kommune. Wir fordern aber auch Mittel aus der Landesstiftung, erheblich mehr als bisher, und wir mahnen das Konzept für die Verteilung der Lotto-, Toto- und ähnlichen Mittel an, das der Kulturausschuß im Oktober 1987 einstimmig gefordert hat. Die Bürger in unserem Land sind für ihre Teilhabe an der Kultur auf diese Hilfen des Landes angewiesen.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Frau Abg. Witteler-Koch für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon traurig, daß sich so wenige für Kultur interessieren. Ich bin aber sicher, daß es in diesem Fall bei den Haushaltsberatungen in anderen Bereichen genauso wäre.

(Kniola (SPD): Die sind jetzt im Schauspielhaus!)

- Ihr Zuruf, Herr Kniola, gibt mir Anlaß, zu sagen, daß genau da der Knackpunkt der Kulturpolitik liegt: wenn nämlich unsere Kommunalpolitiker - egal, welcher Couleur - meinen, sie seien schon kulturpolitisch bewandert, wenn sie einmal im Jahr die Ehrenkarte zur Premiere im Schauspielhaus annehmen. So kann es nicht sein. Daran krankt im Grunde die gesamte Kulturpolitik.

Der Ministerpräsident und der Kultusminister haben eine Reihe von Reden, von Regierungserklärungen etc. von sich gegeben. Die

Landesregierung wird sich daran messen lassen müssen, was letztendlich umgesetzt worden ist. Anspruch und Wirklichkeit klaffen hier wirklich sehr weit auseinander. (C)

Es ist sicher eine Stilfrage, so etwas wie die freie Gruppe "Fortschritt" aus Wuppertal anlässlich der Fernsehsendung "Städte Wettbewerb" zu machen. Aber immerhin: "Fortschritt" hat darauf aufmerksam gemacht, daß in diesem Lande vieles nicht in Ordnung ist und daß das, was an Kulturfinanzierung stattfindet, so nicht ausreicht, daß wir hier zu neuen Lösungen kommen müssen.

Es wird immer wieder davon gesprochen, daß wir hier in Nordrhein-Westfalen die dichteste Kulturlandschaft in Europa haben. Nur: Dies müssen wir darauf beziehen, daß wir hier eine hohe Bevölkerungszahl und damit eine sehr hohe Bevölkerungsdichte haben, und dies hilft uns überhaupt nicht darüber hinweg, daß wir - ich möchte das aktuelle Thema der erhöhten Zuschüsse für Theater aufgreifen - beispielsweise bei der Theaterfinanzierung im Vergleich zu den anderen Bundesländern sehr, sehr schlecht aussehen. Ihnen allen ist sicherlich die Aufstellung der "Deutschen Bühne" darüber bekannt, wie die Länderaufwendungen im einzelnen aussehen. Ich möchte Ihnen das nicht vorenthalten, weil es die Gesamtsituation des Landes im Kulturbereich etwas konkretisiert:

Nordrhein-Westfalen hat 1986 pro Kopf der Bevölkerung 4,20 DM für Theater und Orchester aufgewendet, 1987 waren es 4,41 DM. Damit liegen wir als Nordrhein-Westfalen an letzter Stelle. Ich will einmal Berlin außen vor lassen, aber Baden-Württemberg beispielsweise liegt bei 15,08 DM im Jahre 1986 bzw. 16,87 DM in 1987, Bayern bei 16,35 DM und 18,78 DM. Die Reihe ließe sich fortsetzen. In Hamburg waren es sogar 81 DM in 1986 und 1987 nahezu 100 DM - das alles bezogen auf die Aufwendungen der Länder für Theater und Orchester, um es noch einmal klarzustellen. (D)

(Minister Schwier: Das sind doch Stadtstaaten, Frau Kollegin!)

- Deswegen habe ich die Zahlen auch herausgenommen. - Niedersachsen aber lag 1986 bei 13,90 DM, 1987 bis 14 DM, wir bei kläglichen 4 DM. Rheinland-Pfalz wendet 10 DM pro Kopf der Bevölkerung auf, das Saarland, sicherlich strukturgeschwächt, jetzt 15 DM. Das kann so doch wohl nicht wahr sein!

Wir müssen also hier sicherlich ansetzen und unsere Zahlen etwas relativieren. Es darf einfach nicht sein, daß 14 Millionen DM mehr

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.))

- (A) im Theaterbereich darüber hinwegtäuschen sollen, daß die Kulturförderung in Nordrhein-Westfalen sehr desolat aussieht.

(Frau Robels (CDU): Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, wir haben gerade, auch von der Presse sehr stark diskutiert, die Ergebnisse der Untersuchungen vorliegen, die das Ifo-Institut durchgeführt hat. Es wäre schon wichtig, daß sich auch diese Landesregierung verinnerlicht, daß Subventionen in die Kultur nicht verloren sind, sondern daß sie letztendlich eine ganze Menge wiederbringen. Wir haben in der Bundesrepublik insgesamt 683 000 Erwerbstätige im Kultur-/Kunstabereich, davon, um es etwas aufzusplitten, in Verlagen 135 000, als selbständige Publizisten und Künstler 41 000, 184 000 im Buchhandel, im Fernsehhandel usw., 34 000 - man höre und staune! - bei öffentlichen und privaten Theatern sowie Orchestern, 11 000 bei den Tonträgern, 32 000 bei Film und Video, 30 000 bei Funk und Fernsehen, 9 000 sowohl in öffentlichen als auch in privaten Museen, 1 300 in der Denkmalpflege und rund 7 000 in den Kulturverwaltungen.

Es gibt dann noch die sogenannten vorgelegerten Bereiche - Druckereien, Fernsehgerätehersteller -, das sind noch einmal 200 000. Ich meine, diese Zahlen sprechen für sich und müßten uns allen eigentlich zeigen, welchen Stellenwert Kultur eben auch in der Wirtschaftspolitik hat.

(B)

Wenn wir diesen Bereich jetzt beispielsweise mit der Energieversorgung vergleichen, werden wir feststellen, daß diese insgesamt eine vergleichbare wirtschaftliche Leistung in Höhe von 40 Milliarden DM gebracht haben, aber nur ein Drittel der Arbeitsplätze des Kunst- und Kulturbereichs, nämlich 226 000. Im Leder-, Textil- und Bekleidungsbranche reicht die Zahl fast an die der Beschäftigten des Kulturbereichs heran. Es waren 1984 nämlich 622 000 Erwerbstätige. Aber hier ist der Beitrag zur Entstehung von Einkommen im Vergleich zur Kultur erheblich kleiner. Er liegt hier bei 25 Milliarden DM und in der Kultur bei 40 Milliarden DM. Ich sage dies so betont, weil ich der Ansicht bin, daß wir auch hier im Lande umdenken lernen müssen, Kultur eben auch als Wirtschaftsfaktor zu sehen.

Ich meine, da hat Inge Wurster-Delitsch recht, die sagt - ich darf aus der Zeitschrift "Dokument und Analyse" zitieren -, daß "Kunst und Kultur nicht mehr nur Kostgänger der öffentlichen Hand sind".

Meine Damen und Herren, Kunst und Kultur haben eine eigene Dynamik entwickelt. Dem müssen wir Rechnung tragen. Und Kunst und Kultur tragen, wie auch das Ifo-Institut bestätigt hat, erheblich zum Wirtschaftswachstum bei. (C)

Die Schweizer Soziologen, die hier mehrfach zitiert worden sind, haben ja auch ermitteln können, daß die Gelder, die in die Kultur fließen, in viel größerem Maße über die einzelnen Möglichkeiten wieder zurückkommen, die zum Beispiel im Zusammenhang mit Theaterbesuchen stehen; ich erwähne den anschließenden Restaurantbesuch, den Einkaufsbummel, Fremdenverkehr usw. Es rechnet sich also, wenn hier subventioniert wird.

Aber ich glaube, daß unsere Kultur im Lande, die ja in der Hauptsache kommunale Kulturpolitik ist, vor allen Dingen daran krankt, daß das Land die Mittel für die Gemeinden immer mehr gekürzt hat. Daran krankt die Gemeinden; sie haben dann die Schwierigkeiten. Sie müssen die Gewerbesteuerhebesätze erhöhen, um sich diese freiwilligen Leistungen überhaupt erlauben zu können. Damit kommen sie in einen Teufelskreis. Meist bleibt dann die Kultur auf der Strecke. Denn Sie alle wissen, daß in vielen Bereichen viele Gelder gefordert sind, und dann wird erst einmal im Kulturbereich gestrichen, was sicherlich nicht nur bei Christdemokraten und Liberalen der Fall ist, sondern auch bei den Sozialdemokraten in den einzelnen Kommunen. (D)

Die sogenannte dichteste Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalen entpuppt sich also bei genauerem Hinsehen als eine Kulturlandschaft mit vielen Problemen. Wenn man recherchiert und sich fragt, was denn eigentlich in der Theaterfinanzierung los ist, stellt man fest, daß es sehr viele Verbände und Organisationen gibt, auch den Städte- und Gemeindebund beispielsweise, die verschiedentlich das Land aufgefordert haben, eine Konzeption zu entwickeln und Gespräche zu führen. Aber selbst diese Gespräche sind in der Form, wie sie jetzt kürzlich noch gefordert worden sind, nicht geführt worden.

Und das, meine Damen und Herren, darf so nicht weitergehen. Denn es kann nicht sein, daß wir 14 Millionen DM jetzt in einen einzigen Bereich hineingeben - wobei ich natürlich gut finde, wenn wir mehr Gelder in die Kultur geben; nur: dies konzeptionslos zu tun, kann ich nur verurteilen und halte ich nicht für gut. Wir werden nämlich dann in ein paar Jahren dasselbe Dilemma wieder haben wie in der letzten und vorletzten Legisla-

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.))

- (A) turperiode. Es gab immer wieder, so läßt sich recherchieren, Schwierigkeiten. Dann wurde nach dem Gießkannenprinzip ausgekippt, und jeder bekam dann etwas mehr. So sollte es ja nicht sein.

Es ist auch richtig, daß wir über die Kooperation kommunaler Theater, die damit sehr viele Schwierigkeiten haben, nachdenken und daß alle Betroffenen an einen Tisch kommen und miteinander reden.

Ich möchte auch, genau wie Frau Matthäus, kurz auf die Musikschulen zu sprechen kommen, die auch durch das Dilemma der Gemeinden, die weniger Geld bekommen haben, aber eben auch durch den fehlenden direkten Zuschuß des Landes in einer Situation sind, daß der Unterricht so, wie er eigentlich sein sollte, nicht stattfinden kann.

Ich möchte an der Stelle zu dem gesamten musisch-kulturellen Bildungsbereich überleiten. Sie wissen, Herr Kultusminister, daß es hier sehr viel Unterrichtsausfall gibt. Es ist, glaube ich, ein Anliegen aller Fraktionen, diese Situation zu verbessern, weil hier schon die ersten Schritte gelenkt werden können, Kinder und junge Leute an Kunst und Kultur heranzuführen.

Es sei mir an dieser Stelle noch eine Bemerkung zu den Sonderschullehrern gestattet. Um es noch einmal für den Fall, daß Sie es nicht verstanden hatten, sehr klar zu machen: Wir hatten natürlich 100 zusätzliche Sonderschullehrer gefordert.

(B)

Meine Damen und Herren, aber auch die Probleme der Museen sind nicht gelöst. Wir sollten die Situation sehr realistisch sehen. Auch diese haben zu wenig Gelder. Sie haben nahezu keine Ankaufsetats. Es sind minimale Beträge, die ihnen hierfür zur Verfügung stehen. Und wenn ich mir ansehe, wie viele gute und neue Museen wir haben - ich will nicht über den Qualitätsbegriff philosophieren -, dann kann es doch nicht wahr sein, daß in Teilbereichen geschlossen werden muß, daß ein Rundum-Personaldienst etabliert wird, aber doch verschiedene Bereiche geschlossen werden müssen. So kann die Kulturpolitik des Landes doch nicht aussehen! Dann sollten wir uns überlegen, was wir tun, bevor wir neue Museen bauen lassen.

Daß die Bibliotheken 1989 mehr Geld bekommen, scheint mir daran zu liegen, daß es hier eine Anfrage gab, die wohl letztendlich zur Deckung des Bedarfs im Bibliotheksbereich geführt hat. Es ist schon erstaunlich, daß wir jahrelang - jedenfalls seit 1985 für mich konkret nachvollziehbar - immer wieder ge-

fordert haben, es müsse in diesem Bereich etwas geschehen, (C)

(Frau Robels (CDU): Sehr richtig!)

und jetzt plötzlich - man sieht die Deckungsgleichheit zwischen Fragen und Antworten - werden Mittel lockergemacht, nun auch in diesem Bereich, möchte ich sagen.

Das Umschichten bringt einfach nichts. Wir müssen für diese Kulturpolitik des Landes - egal, für welchen Bereich - endlich ein Konzept präsentiert bekommen, das nachprüfbar ist und das die mittel- und langfristige Finanzierung in den sehr unterschiedlichen Bereichen transparent macht. Deshalb war es für uns ganz klar, daß wir nach den ersten Gesprächen im letzten Jahr und - genau wie Frau Matthäus es bemängelt hat - nachdem wir feststellen mußten, daß keine weiteren Informationen kommen, jetzt noch einmal den Antrag gestellt haben, die Einnahmen aus den Lotto-Toto-Mitteln in den korrespondierenden Ausgabeteilen transparent zu machen, um einmal konkret darüber nachdenken zu können, wie die Mittel verteilt werden. Dazu brauchen wir erst einmal die konkreten Daten, um zu wissen, was die Landesregierung jetzt wie unternimmt.

Ich kann die allgemeine Bewertung von Frau Matthäus nur unterstreichen. Wir haben mehr Freizeit, wir haben mehr Chancen, Kultur zu leben. Aber dieses Land muß sich etwas einfallen lassen, um die Finanzierung der Kultur sicherzustellen. Da können alleine Mäzene, Sponsoren, die es gibt und die auch bereit wären, etwas zu tun, nicht alles leisten. Sie sollten das meines Erachtens auch nicht tun, sondern der Staat und vor allen Dingen das Land sind aufgerufen, die Kulturpolitik des Landes entsprechend zu finanzieren. (D)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf jetzt Herrn Abg. Dr. Gerritz für die Fraktion der SPD das Wort erteilen.

Dr. Gerritz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Drei Vorbemerkungen! Mir läge sehr daran, Frau Witteler-Koch, wenn Sie mir einmal Kulturmacher in diesem Lande, Kulturdezernenten, Verbände nennen würden, die genauso wie Sie die Sehnsucht nach einem großen Konzept verspüren. Wir Sozialdemokraten, die wir hier Kulturpolitik machen, wissen, wie die Kulturpolitik in diesem Lande organisiert ist, nämlich a) in dezentraler Form und b) in selbstverwalteter Form. Und diese Kooperation zwischen Land

(Dr. Gerritz (SPD))

- (A) und Kommunen bekommt der Kultur im Lande Nordrhein-Westfalen außerordentlich gut.

Eine zweite Bemerkung! 13 Milliarden DM fließen durch das GFG den Kommunen zu. Wir könnten uns, Frau Witteler-Koch, ja unschwer folgendes Modell vorstellen: daß davon 150 Millionen DM den Theatern in der Form der Befrachtung zur Verfügung stünden. Dann sähen wir in Ihrer Statistik ganz anders aus. Sie sollten sich bitte in Baden-Württemberg - oder mit welchem Land Sie es immer verglichen haben - die Theaterfinanzierung ansehen und die Frage stellen: Woher kommt denn das Geld? Aus dem GFG! Das heißt: Wir stellen den Kommunen zusätzliche Mittel - und die 15 Millionen DM, die wir in diesem Jahr den kommunalen Theatern zukommen lassen, sind zusätzliche Mittel - zur Verfügung.

Ich darf also dringend darum bitten, beim Zahlenvergleich zwischen den verschiedenen Ländern einmal genauer hinzusehen. Ich muß allerdings auch das Ministerium dringend bitten, uns, dem Parlament, einmal dabei behilflich zu sein, daß wir es vermeiden können, in Zukunft permanent mit dieser Zahlenakrobatik konfrontiert zu werden.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Das ist keine Akrobatik!)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Dr. Gerritz, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Matthäus?

- (B) Dr. Gerritz (SPD): Ich habe noch gar nicht richtig begonnen, Frau Matthäus. Warten Sie doch noch einen Augenblick!

Dritte Vorbemerkung! Es kann doch wirklich nicht unsere Aufgabe sein, Frau Witteler-Koch, an Ihrem Mönchengladbacher Museum den Museumswärter zu finanzieren. Dafür ist doch ohne Zweifel Mönchengladbach zuständig. Wenn Mönchengladbach dazu die Mittel fehlen - sie fehlen im übrigen in anderen Städten wie etwa in meiner Stadt auch -, dann müssen wir die Verursacher dieser Mittellosigkeit unserer Städte woanders als hier in diesem Haus suchen.

(Henning (SPD): Sehr wahr!)

Alles in allem, meine Damen und Herren, ist die Etatrede, die ich in diesem Jahr zu halten habe, eigentlich die leichteste aller letzten Jahre.

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Besser, sie wäre gewichtig!)

(C) Es gibt ganz ohne Zweifel wenige, die in diesem Haus und in anderen Häusern sagen könnten, daß ein Haushalt um 17,2 % wachse. Dieser hier hat dieses Wachstum. An diesem erfreulichen Tatbestand, an dieser positiven Entwicklung des Kulturhaushalts sind, glaube ich, alle Mitglieder des Kulturausschusses beteiligt. Wir im Kulturausschuß haben auf manchen Theaterdonner verzichtet, jedenfalls dann, wenn wir uns um konkrete Arbeit bemühten. Wir haben da, wo es not tat, gemeinsam operiert. Beispielsweise erinnere ich mich sehr gerne daran, daß ich einmal öffentlich in Ihrem Namen habe reden dürfen, Frau Matthäus. Sie haben das auch in meinem getan.

Aber an Ihre Adresse, meine Damen und Herren, an die Adresse der Kulturpolitiker, die wir sonst miteinander so ordentlich umgehen, sei noch folgende Bemerkung gerichtet: An der Zöpelschen Politik haben Sie, soweit unser Ausschuß betroffen ist - er ist in vielfältiger Hinsicht betroffen, beispielsweise in den Bereichen Denkmalschutz, Begegnungsstättenprogramm, Soziokultur -, in acht Jahren niemals Kritik geübt. Wir Sozialdemokraten haben die Politik dieses Mannes öffentlich bewundert, Sie insgeheim. Dann allerdings verfahren Sie hier im Plenum mit ihm wie Nero mit Gladiatoren, wenn deren Kraft für das fünfte Gefecht nicht reichte: Daumen herunter, und das mit Gebrüll.

(Zustimmung der Frau Abg. Rauterkus (SPD))

(D) Meine Damen und Herren, diese Erfahrungen auch mit Ihnen haben mich nicht sonderlich heiter gestimmt. Sie sollten - die Gelegenheit haben Sie in den nächsten 1 1/2 Jahren - einmal die Reaktionen im Land auf die Meldung überprüfen, Zöpel wolle nicht mehr. Diejenigen, die in diesen acht Jahren mit diesem Mann und seinen Mitarbeitern zusammengearbeitet haben, sind bestürzt, weil sie sich, zur Zeit zumindest, nicht vorstellen können, wer Zöpel ersetzen könnte. Ich kann mir das auch nicht vorstellen.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Ist das jetzt ein Nachruf?)

- Nein, das ist kein Nachruf, sondern eine positive Bemerkung zu einem Mann, den Sie über Monate hinweg madig zu machen versucht haben.

(Beifall bei der SPD)

Zur Zeit haben Sie ja ein anderes Opfer gefunden.

(Dr. Gerritz (SPD))

- (A) Weil wir Kulturpolitiker auf den Widerspruch um seiner selbst willen verzichtet haben, sondern uns ums Überzeugen bemüht haben, konnte der Haushalt für die Kommunaltheater immerhin um 57,5 % gesteigert werden. Ich möchte mir eine Bemerkung zu einigen Generalintendanten leisten. Ich kenne nämlich einen, der dabei ist, seiner Stadt die Theater-Klamotten vor die Füße zu werfen, weil er das zusätzliche Geld des Landes nicht für zusätzliche schöne Sachen in seinem Theater verwenden darf.

Ich sage hier - jedenfalls für mich - unmißverständlich: Diese zusätzlichen 15 Millionen DM für die kommunalen Theater sind in erster Linie als Entlastung der Städte gedacht, die für die Theater nach wie vor den Löwenanteil zu tragen haben. Ich bleibe auch dabei, selbst wenn Generäle erneut zur Attacke blasen sollten.

Frau Matthäus, Sie haben sich zu den Landestheatern geäußert. Wir waren vor einiger Zeit gemeinsam bei einer Diskussionsrunde und haben einige Einigungen erzielt. Ich hoffe - weil wir nicht in der Lage gewesen sind, den vier Landestheatern und den drei Landesorchestern in diesem Jahr in ausreichendem Maße zu helfen, trotz einer Umschichtung von mehreren 100 000 DM -, daß im Haushalt 1990 die Ansätze für diese sieben Betroffenen erheblich gesteigert werden können.

- (B) (Zustimmung bei der SPD)

Wir haben den Kultusminister über unsere Absicht für 1990 frühzeitig informiert.

Ich sagte Ihnen, daß der Kulturhaushalt um insgesamt 17,5 % wächst. Wir meinen, daß dem Kultusminister und seinen Mitarbeitern, aber auch dem Finanzminister für diese außerordentliche Leistung gedankt werden muß, die ich in keinem einzigen Kulturhaushalt - weder eines Landes noch einer Kommune - in diesem Jahr feststelle. Wir danken besonders dem neuen Finanzminister. Vielleicht wird ja so etwas wie eine Oberhausener Schule sichtbar: Kurzfilmtage, Ludwig-Institut für Kunst der DDR; vielleicht machen sich hier interfraktionelle Hilmar-Hoffmann-Traditionen bemerkbar.

Auch der Ministerpräsident sei in diesen Dank eingeschlossen. Als er zur Halbzeit dieser Wahlperiode Bilanz zog, sagte er einen Satz, den ich mit Erlaubnis des Präsidenten aus seiner Rede zitieren darf:

Wir wollen die Ausgaben für Kultur im Landeshaushalt überdurchschnittlich erhöhen.

Das ist mit der eben vorgetragenen Zahl geschehen; der Landeshaushalt selbst wächst um 2,1 %.

Zum Schluß will ich einige Positionen nennen, die verändert worden sind. Den Bibliotheken steht auch im nächsten Jahr zusätzlich eine Million DM zur Verfügung. Um 27 % sind die Mittel für Einrichtungen von Bibliotheken erhöht worden. Frau Matthäus, wir werden zur überprüfen haben, was hier mit "Einrichtungen" gemeint ist. Sie sagten, Mittel für den Bau von Bibliotheken seien nicht vorgesehen. Wir werden dies überprüfen.

Die Landesmusikakademie, die 1989 eröffnet wird, aber ihre Arbeit längst aufgenommen hat, erhält für die laufenden Betriebskosten 600 000 DM. Die Einrichtungskosten für den Neubau hat das Land nach langen Auseinandersetzungen zu 90 % - immerhin eine Größenordnung von 1,6 Millionen DM - übernommen, ein ohne Zweifel ungewöhnlicher Vorgang, ungewöhnlich besonders dann, wenn man die Vorgeschichte kennt.

Die Mittel für die öffentliche Musikpflege werden um 270 000 DM angehoben. Dieser Mehrbetrag dient der Sicherung und dem Ausbau der zehn Jugendmusikwettbewerbe des Landes, der fünf Landesjugendmusikensembles, der Förderung der Laienmusik sowie der Einrichtung einer Geschäftsstelle für den Landesmusikrat, der mittlerweile eine ganze Aufgabenserie für das Land im Bereich Musik wahrnimmt.

Der Filmtitel ist ebenfalls erhöht worden. Es gibt mehr Mittel für Filmfestivals, Filmamateurtreffen und Veranstaltungen in und von Filmhäusern. Zugleich erhält das Filmbüro nach dem erfolgreichen Verlauf eines Versuchs zur Vertriebsförderung von Filmen - ein Versuch, den wir vor zwei Jahren begonnen haben - weitere 265 000 DM, so daß das Filmbüro 1989 insgesamt über 2,7 Millionen DM verfügt.

Meine Damen und Herren, zwei Novitäten erscheinen mir nennenswert, zumindest hier in dieser Rede. Den Kommunen, auch privaten Kulturträgern stehen nun Mittel zur Verfügung, um Kulturobjekte und -projekte unserer ausländischen Mitbürger zu fördern. Mit diesen Geldern allerdings soll deutlich gemacht werden, daß griechische, spanische, türkische, portugiesische oder italienische Kultur mehr zu bieten hat als Folkloristik, mehr für die Bürger aus diesen Ländern, aber auch mehr für uns, die wir mit diesen ausländischen Mitbürgern täglich in Beziehung treten.

(C)

(D)

(Dr. Gerritz (SPD))

- (A) Im Herbst 1989 präsentiert sich die nordrhein-westfälische Kultur in der DDR, nämlich in Leipzig, mit einem großen Programm. Hierfür stehen erhebliche Mittel zur Verfügung. Ich glaube sagen zu können, auch nach Erfahrungen einer Reise in die DDR, daß kein Bundesland das Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ernster nimmt als Nordrhein-Westfalen. Wir haben Hoffnungen in einen solchen kontinuierlichen Kulturaustausch.

(Zustimmung der Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.))

Meine Damen und Herren! Viele Wünsche sind offengeblieben; niemand weiß das besser als ich. Ich will noch beispielsweise einen nennen: Die Kultursekretariate - besonders das Güterloher Sekretariat - brauchen zusätzliche Hilfen.

(Frau Robels (CDU): Das wissen wir schon lange.)

Ich hoffe, dies gelingt 1990.

(Frau Robels (CDU): Ja, hoffen!)

Dennoch, meine Damen und Herren: Das Kulturland Nordrhein-Westfalen hat mit diesem zu verabschiedenden Haushalt 1989 einen gewaltigen Schritt nach vorn getan. Dieser Schritt ist gewaltiger, als wir ihn in den letzten acht Jahren haben vollziehen können.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Sie wollen noch eine Frage beantworten? Das finde ich sehr kollegial.

Frau Kollegin Matthäus, bitte schön!

Frau Matthäus (CDU): Herr Dr. Gerritz, ich habe jetzt das Ende ihrer Rede abgewartet. Sie haben eben gesagt, in Baden-Württemberg geschehe die Theaterfinanzierung über das GFG. Ist Ihnen bekannt, daß in Baden-Württemberg die Theaterfinanzierung aus Lotto-/Totomitteln passiert und darum so erfolgreich ist?

(Minister Schwier: Das ist doch Jacke wie Hose! - Henning (SPD): Um so bedeutsamer!)

Dr. Gerritz (SPD): Das ist mir nicht bekannt, daß das aus Lotto-/Totomitteln finanziert wird.

(Henning (SPD): Aber es läuft durch den Etat; das ist das Schöne.)

Wir sind uns aber darüber einig, Frau Matthäus, daß man über den Gebrauch und über das Wachstum der Lotto-/Totomittel hier wird reden müssen und daß es zu einer Steigerung zumindest im Kulturbereich kommen muß.

(C)

Sie erinnern sich aber auch, Frau Matthäus, daß einmal der frühere Finanzminister der Meinung war, uns schriftlich mitteilen zu müssen, daß 70 % des Kulturetats über Lotto-/Totomittel finanziert würden. Das ist, meine ich, eine Frage der optischen Manipulation.

(Zustimmung der Frau Abg. Matthäus (CDU))

Wenn 70 % der Mittel aus Lotto und Toto in einen Landeshaushalt einfließen, dann ist es eine Frage der Druckmaschinen festzustellen, daß nun partout dieser oder jener Haushalt aus eben diesen Mitteln finanziert wird. Das sagt wenig. Mir geht es um die freien Mittel.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kultusminister Schwier.

(Minister Schwier: Wollen Sie nicht erst Frau Woldering das Wort geben? Dann brauche ich nur einmal zu antworten.)

- Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß der Schulbereich einbezogen werden soll und Sie, Herr Kultusminister, am Ende sprechen wollen.

(D)

Dann bitte, Frau Woldering, für die Fraktion der CDU zum Bereich Schule!

Frau Woldering (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wieder einmal stehen wir bei den Beratungen zum Einzelplan 05 vor der Feststellung, daß die SPD-Regierung im bildungspolitischen Bereich ohne zukunftsorientiertes Konzept von Haushaltsberatung zu Haushaltsberatung weiterdämpft. Nicht wir haben - wie Sie, Herr Dr. Dammeyer, glauben - die Entwicklung der Bevölkerung nicht wahrgenommen und auch die Bewegung der Schülerströme nicht gesehen, wir haben vielmehr den Eindruck, daß die SPD dies nicht gesehen hat. Sie haben offenbar die Rödingerhauser Erklärung und die dahinterstehenden Nöte der kleinen Gemeinden gar nicht begriffen und mißbrauchen diese sogar nunmehr für ihre politischen Zwecke.

(Frau Robels (CDU): Die wollen es nicht begreifen.)

(Frau Woldering (CDU))

- (A) Sie wollen das Geld weiter in Ideologie investieren und nicht dort, wo dringende Probleme anstehen. Wir haben keine heile Welt in unseren Schulen, Herr Dr. Dammeyer.

(Zustimmung der Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.))

Wir haben Unterrichtsausfall, fachfremd erteilten Unterricht, Berufsschulen und Sonderschulen, die ihrem Lehrauftrag nicht mehr gerecht werden können, weil nicht genügend Lehrer angestellt werden. Hierzu haben Sie heute morgen überhaupt nichts gesagt. Die Zahlen, die der Kultusminister und auch Ihre Sparkommission bekanntgegeben haben, sollten auch der SPD-Fraktion zu denken geben. Vor allem in den Mängelfächern Religion, Chemie, Physik, Informatik sowie bei den berufsbildenden und Sonderschulen sind die katastrophalen Zustände bekannt.

Seit Jahren werden keine neuen bzw. nur in völlig unzureichendem Maße Lehrer eingestellt. Das Haushaltsgesetz sieht dies ja auch nicht vor wegen der gravierenden kw-Stellen vor. Jahr für Jahr scheiden aber 3 000 Lehrer wegen Erreichens der Altersgrenze aus, die nicht ersetzt werden können.

Wir haben daher als CDU-Fraktion wie in den vergangenen Jahren gefordert, 1 500 Lehrer unter gleichzeitiger Streichung der Hälfte der kw-Stellen einzustellen. Jahr für Jahr wird aber dieser Antrag abgelehnt - so auch für das Jahr 1989.

(B)

Wöchentlich fallen 300 000 Unterrichtsstunden vor allem in den eben erwähnten Mängelfächern aus. Darüber hinaus wird ein großer Teil der Unterrichtsstunden fachfremd erteilt. Dem versucht die Regierung zu begegnen, indem Lehrer in großem Umfang versetzt und nachgeschult werden sollen.

Die CDU ist für Versetzung und auch für Nachschulungen. Wir sind aber der Meinung, daß wir die Probleme mit diesen Maßnahmen überhaupt nicht lösen können.

Glauben Sie wirklich, meine Damen und Herren, daß ein guter Deutsch- und Geschichtslehrer nunmehr auch ein guter Informatik- lehrer ist bzw. ein guter Berufsschullehrer in den dort fehlenden Fächern? Dies kann doch wohl nur für Ausnahmefälle gelten.

Wo wollen Sie bei dem schon bestehenden Unterrichtsausfall an den Schulen die Lehrer in der benötigten Anzahl hernehmen, die bei sechs Entlastungstunden in der Woche - hier fällt ja zusätzlich wieder Unterricht aus - nachqualifiziert werden können?

Sieht man dann noch die Altersstruktur der Lehrer an unseren Schulen - in den neunziger Jahren werden ja bekanntlich sehr viele Lehrer die Pensionsgrenze erreichen und ein neuer Lehrermangel auf uns zukommen -, dann müßten Sie erkennen, daß mit diesen Hilfsreparaturmaßnahmen die Erneuerung des Landes Nordrhein-Westfalen sicher nicht durchgeführt werden kann.

(C)

Die jüngst beschlossenen Maßnahmen der SPD-Fraktion, die Kosten im Bildungsbereich einzudämmen, in denen in vermehrtem Umfang Schulen geschlossen und die Klassen vergrößert werden, wie wir es dieses Jahr erstmals zum Schuljahrsbeginn schmerzlichst erfahren konnten, sind ein Rückschritt in die pädagogische Steinzeit - keinesfalls aber eine Erneuerung Nordrhein-Westfalens.

Wäre die SPD unserem Antrag gefolgt, jährlich 1 500 Lehrer mit der jeweils benötigten Fächerkombination einzustellen, stünden wir heute nicht vor diesem bildungspolitischen "Scherbenhaufen". Lediglich 400 echte Neueinstellungen plant die SPD für 1989. 2 600 Lehrer scheiden aber im nächsten Schuljahr aus. Der Stellenabbau geht also weiter.

Mit diesen 400 Lehrern sollen alle Schulformen einschließlich Sonderschulen und die berufsbildenden Schulen bedient werden.

Gar nichts hat die SPD bisher zu den befristet angestellten Religionslehrern gesagt. Diese haben ja inzwischen durch Gerichtsverfahren ihre Entfristung erlangt. Was wird jetzt mit diesen Lehrern? Werden Sie in das Beamtenverhältnis übernommen? Auch dazu würden wir gerne etwas hören!

(D)

Wir haben im Zuge der Etatberatungen den weiteren Antrag gestellt, das Land solle die Mittel, die durch den von Lehrern bzw. Lehrerinnen beantragten Erziehungsurlaub frei werden, anderweitig zum Abbau des Unterrichtsausfalls einsetzen. Auch diesen Antrag hat die SPD abgelehnt.

Fest steht - dies ist aus den Ermittlungen des Kultusministeriums bekannt -, daß zwischen 900 und 1 300 Lehrerinnen bzw. Lehrer im Jahre 1989 den Erziehungsurlaub nehmen, den der Bund ja durch die Zahlung des Erziehungsgeldes finanziert. Nordrhein-Westfalen spart während der Zeit des Erziehungsurlaubs die Gehälter in Höhe von 50 bis 60 Millionen DM.

Diese gesparten Mittel nützt das Land aber keineswegs, um hiermit den Unterrichtsausfall zu reduzieren. Nein, hiermit wird der Haus-

(Frau Woldering (CDU))

- (A) halt repariert. Die CDU hatte gehofft, daß nach Bekanntwerden dieser Zahlen hier einmal gemeinsam mit der SPD ein Zeichen gesetzt werden könne und auch eine gemeinsame Botschaft nach draußen hätte getragen werden können.

(Zustimmung des Abg. Nagel (CDU))

Aber nein! Obwohl sich die CDU in der letzten Schulausschußsitzung bezüglich der Formulierung des Antrags sehr flexibel zeigte, hat die SPD dem Antrag nicht zugestimmt. Sie hat sich vielmehr hinter eine sehr fadenscheinige Begründung versteckt und erklärt, sie wolle zunächst von der Regierung ein Konzept erarbeiten lassen.

Auch den Antrag der CDU, die Situation und Arbeitsbedingungen an den Sonderschulen zu verbessern - und dazu gehört ja auch die Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation -, hat die SPD vertagt.

(Trinius (SPD): Nein, 140 Einstellungen sind da möglich!)

- Das sagen Sie: 140 Einstellungen sind möglich,

(Trinius (SPD): Das steht in der Vorlage!)

möglicherweise aufgrund des Saldierungsgewinnes.

- (B) (Trinius (SPD): Ja, sicher!)

- Ja, sicher! Aber das ist doch keine echte Neueinstellung, die tatsächlich die Mängel behebt.

(Zustimmung bei der CDU - Trinius (SPD): Die werden aber eingestellt!)

- Die werden eingestellt, aber aufgrund der Saldierungsgewinne und nicht weil echte - -

(Trinius (SPD): Dann sind sie doch da!)

- Ja, dann sind sie da; aber dafür sind andere weg.

(Trinius (SPD): Die kommen wieder!)

- Ja, die kommen aber später wieder.

(Zurufe des Abg. Trinius und weiterer Abgeordneter der SPD)

Damit wollen Sie ja im Grunde nur vertuschen, was wirklich an Elend an unseren Schulen da ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Insgesamt hat die SPD somit wieder einmal die Chance vertan, im Sinne einer Erneuerung unseres Landes Bildungspolitik zu betreiben, die die akuten Probleme wirklich anpackt und nicht nur in der Ideologie verweilt.

(Trinius (SPD): Ich würde die Vorlage lesen! Dann brauchten Sie nicht mehr von Ideologie zu reden!)

- Ich habe die Vorlage gelesen. Aber die Zahlen, die ich genannt habe, stimmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Als nächster hat Herr Abg. Dr. Dammeyer für die Fraktion der SPD ums Wort gebeten.

Dr. Dammeyer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Bemerkungen fordern noch einige Entgegnungen heraus. Ich will mit der Problematik anfangen, die mit dem Erziehungsurlaub zusammenhängt. Die "Vorwände", von denen Frau Woldering sprach, die uns dazu gebracht haben, den Anträgen der CDU nicht zuzustimmen, waren keine geringere Angelegenheit, als daß uns die CDU mit ihren Anträgen vorschlug, daß wir neue befristete Arbeitsverträge schließen sollten. Da haben wir natürlich gesagt: So etwas kommt nicht mehr in Frage. Aber wenn so etwas nicht mehr in Frage kommt - das haben wir auch ausführlich erörtert -, dann bleiben wir dabei, daß der Umfang auch wirklich sorgfältig errechnet werden muß.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Dammeyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reul?

Dr. Dammeyer (SPD): Sofort, wenn ich diesen Zusammenhang zu Ende gebracht habe. - Denn nicht nur Lehrer und Lehrerinnen gehen in Erziehungsurlaub, sondern selbstverständlich viele andere Beschäftigte des Landes auch.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben Ihnen mitgeteilt, daß wir in der Fraktion die Landesregierung beauftragt haben, uns für Anfang des Jahres eine umfassende Darstellung darüber zu geben, wie das insgesamt mit dem Erziehungsurlaub ist und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, auch hinsichtlich der arbeitsplatzrelevanten Wiedereinstellungen. Mit anderen Worten: Wir haben dieses Thema nicht beiseite gelegt, sondern legen großen Wert darauf, daß in dieser Sache auch etwas passiert.

(Dr. Dammeyer (SPD))

- (A) Ich breche jetzt hier ab, da sich dazu Herr Reul gemeldet hatte.

Vizepräsident Dr. Klose: Danke schön! Herr Kollege Reul zu einer Zwischenfrage!

Reul (CDU): Herr Dammeyer, Sie haben gerade gesagt, die SPD-Fraktion hätte unseren Antrag, Mittel, die aus dem Erziehungsurlaub eingespart werden, für Neueinstellungen zu nutzen, wegen der Befristung abgelehnt. Sind Sie bereit zuzugeben, daß diese Begründung falsch ist, weil die CDU-Fraktion im Ausschuß für Schule und Weiterbildung, nachdem Sie diese Gedanken vorgetragen haben, den Vorschlag unterbreitet hat, diesen Antrag nur grundsätzlich zu stellen, und die Befristung in diesem Antrag überhaupt nicht mehr formuliert war? Wir haben vielmehr einen Vorschlag vorgelegt, uns darauf zu begrenzen, die freiwerdenden Mittel, die das Land einspart, für Neueinstellungen zu nutzen.

Dr. Dammeyer (SPD): Ich habe eben darauf hingewiesen, daß die angebliche Kleinigkeit, die da eine Rolle gespielt habe, genau dieser Punkt war.

(Reul (CDU): Das stimmt ja nicht!)

Sie waren bereit, Ihre Begründung zu streichen.

- (B) Daraufhin habe ich Ihnen mitgeteilt, daß es nicht ausreicht, die Begründung zu streichen, wenn der Antrag sich denn auf befristete Wiedereinstellung richtet. Dazu haben Sie in der Tat eine Bemerkung gemacht. Aber der Antrag, den Sie gestellt haben, der zielte auf § 7 Abs. 2, um den es sich dabei, so glaube ich, handelt.

Überdies habe ich bei dieser Gelegenheit weiter erklärt, daß wir an einer umfassenden Regelung eben nicht nur für Lehrer, sondern ganz selbstverständlich für alle Landesbediensteten ein Interesse haben müßten, denn es kann ja wohl nicht angehen, daß wir für diesen Bereich eine Sonderregelung für Lehrer finden. Das nun allerdings ist eine nicht unbedeutende Angelegenheit. Das haben wir auch so bei uns in der Fraktion beraten, und das ist auch der Hintergrund dafür, daß wir im Frühjahr kommenden Jahres mit einer Lösung dazu hoffentlich überkommen werden.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dammeyer, es gibt noch eine Zwischenfrage von Frau Woldering. Wollen Sie die auch noch zulassen?

(Dr. Dammeyer (SPD): Ja, bitte.)

(C) Frau Woldering (CDU): Herr Dr. Dammeyer, Herr Reul hat eben schon einen Teil der Frage gestellt. Wir hatten aber im Ausschuß ebenso erklärt, daß wir auch aufgrund einer anderen Vorschrift, die eventuell vom Ministerium bzw. von der Landesregierung erarbeitet werden sollte, Mittel aufgrund der Erziehungsurlaube bereitstellen wollten. Ist es richtig, daß Sie auch diesem Antrag nicht zugestimmt haben?

Dr. Dammeyer (SPD): Ja, aber natürlich! Wir haben doch gesagt: Wir beschließen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nichts, denn unsere Landesregierung wird uns Anfang des Jahres ein Konzept vorlegen, wie sie mit den aus dem Erziehungsurlaub herrührenden Problemen fertig wird.

(Zuruf von der CDU)

Wir beschließen auch nichts in einem Ausschuß, was wir nicht in der Fraktion ausreichend abgesichert haben. Das betrifft auch den nächsten Problembereich, von dem Sie sprechen. Sie sagen, Sie wollen eine Einstellung von 1 500 Lehrern. Das ist doch keine Kleinigkeit. Das ist doch etwas, was tatsächlich auch unseren Haushalt betrifft.

(D) Nun sagen Sie: Aber da scheiden Lehrer aus. Aber wird denn für die keine Pension bezahlt? Was heißt denn das, bitte schön? Fallen den daraufhin Kosten weg? Daß Lehrer ganz selbstverständlich, wenn sie eingestellt werden, auch ein Gehalt bekommen, ist doch eine ganz normale Angelegenheit, die bei Haushaltsplanberatungen berücksichtigt werden muß, wenn es überhaupt um Einstellungen geht.

Das ist doch auch der gesamte Zusammenhang, den wir heute morgen insgesamt erörtert haben. Da kommen ganz selbstverständlich von Ihnen Anträge mit Ausgabenkonsequenzen, aber auf welche Weise diese Ausgaben gedeckt werden, dazu hören wir von Ihnen nichts. Und diesen Zusammenhang müssen wir gemeinsam aufnehmen.

Darum sind wir froh, daß wir eine Regelung geschaffen haben, nach der der solidarische Beitrag der Lehrer mit der Freigabe von Unterrichtsanteilen weiterhin Einstellungen möglich macht. Das ist eine nicht ganz unwichtige Angelegenheit.

Wir stellen fest, daß wir weitere Einstellungen vorsehen. Wir legen Wert darauf, daß die neu eingestellten Lehrer dann auch in die richtigen Schulformen kommen, nämlich in erheblichem Maße in die Sonderschulen, mit der doppelten Zahl derjenigen Stellen, die die

(Dr. Dammeyer (SPD))

- (A) F.D.P. hier mit großem Brimborium beantragt, neu einzustellen. Die doppelte Zahl! Also, das ist doch wohl auch alles keine Kleinigkeit. Hinzu kommen weitere Regelungen für die anderen Schulformen, entsprechend den Notwendigkeiten für diese Schulformen, damit für diese Bereiche möglichst wenig Versetzungen nötig werden.

Freilich erübrigt das überhaupt noch gar nicht, daß dennoch Versetzungen stattfinden und daß dennoch entsprechend dem erheblichen Schülerrückgang auch schulorganisatorische Maßnahmen fällig werden. Schulaufsicht und Schulträger sind nach wie vor - und zwar beide - im Obligo, diese Verhältnisse wirklich entsprechend den Richtlinien, die wir vorgegeben haben - insbesondere der Schüler-Lehrerstellen-Relation -, auch überall im Lande zu erörtern.

Da ist auch eines ganz bezeichnend: Frau Woldering, Sie haben da ja hier viel schärfer zugehakt, als zum Beispiel alle Zuschriften von den Lehrerverbänden und den Lehrern beinhalten. Sie sagen, das sei gegenwärtig ein Elend an unseren Schulen wegen des Klassenbildungserlasses des Kultusministers. Aber der Philologenverband sagt nur: Da droht etwas. Wenn der sagt, da droht etwas, dann ist das mindestens die Beschreibung, daß das heute nicht der Fall ist. Dann ist es immer noch gerechtfertigt, sich mit den möglicherweise tatsächlich drohenden Verhältnissen auseinanderzusetzen. Aber daß das heute ein Elend sei mit unseren Klassen, das, mit Verlaub, sagt nicht einmal der Philologenverband, sagen nicht einmal die Elternverbände.

- (B) Ich finde, das ist auch eine ganz bezeichnende Angelegenheit, denn Sie wissen genau, daß wir Initiativen ergriffen haben, die darauf abzielen, daß wir keine großen Klassen in unserem Lande zulassen wollen, daß wir damit freilich auch einiges tun müssen, das darauf hinausläuft, daß auch zu kleine Klassen nicht mehr gebildet werden können.

Das ist die Konsequenz, die damit in einem besonderen Zusammenhang steht. Das wollen wir in diesen Tagen beraten, und wir legen Wert darauf, daß wir damit auch so schnell wie möglich an die Öffentlichkeit treten können.

Dieses kann doch auch nur in unserem gemeinsamen Interesse liegen: Keine großen Klassen; aber das schließt ein, daß auch keine zu kleinen Klassen gebildet werden. Denn nur so läßt sich in einem solchen System ein Ausgleich finden, der so etwas auf ein mittleres Maß orientiert.

Ich hoffe, daß es uns gelingen kann, über diese Fragen auch künftig weiterhin kollegial zu sprechen, und ich freue mich darauf, daß das in jedem Falle mit den diversen Repräsentanten der Schulträger möglich sein wird, wie es bislang auch in der Vergangenheit bereits möglich gewesen ist. (C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile nun Herrn Kultusminister Schwier das Wort.

Schwier, Kultusminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will zu allen drei Bereichen kurze Bemerkungen machen und mich dabei zunächst den Ausführungen von Frau Kollegin Woldering zuwenden.

Sie haben uns vorgeworfen, wir hätten kein zukunftsorientiertes Konzept. Frau Kollegin, wenn ich Ihr Konzept nehme, heißt das ganz schlicht: Mehr Geld ausgeben!

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Das ist doch schon etwas! - Heiterkeit)

- Das ist doch schon was! Nur steht auf einem anderen Blatt, ob das zukunftsorientiert ist. Wir alle haben noch die Vorwürfe im Ohr, daß wir zu viel ausgeben, insonderheit zuviel für das Personal ausgeben. Nun ist aber die Hälfte des Personals, das aus der Landeskasse zu bezahlen ist, in Schulen beschäftigt; Lehrer sind auch nicht gerade billig. (D)

Und, Frau Kollegin, wissen Sie: "Katastrophale Verhältnisse", "pädagogische Steinzeit" und "Scherbenhaufen" - irgendwann nutzen sich diese Begriffe ab, und sie bringen dann nichts mehr. Außerdem hat das wenig mit der Realität zu tun.

Zu der Frage, wie viele Kräfte denn nun echt neu eingestellt werden! Auch nach Ihrem Konzept gibt es keine echten Neueinstellungen, wenn Sie nur Stellen gegen Stellen rechnen, wenn Sie sagen, sie möchten die Hälfte der freiwerdenden Stellen wieder besetzen. Das heißt: Auch bei Ihnen fallen natürlich freiwerdende Stellen weg. Aber das bedeutet ja nicht, daß Sie die Landeskasse entlasten. Herr Kollege Dammeyer hat darauf hingewiesen.

Nun, wollen wir doch fair sein und sagen: Vierhundert plus einhundert plus dreihundert, das sind achthundert. Rechnen Sie dann die Saldierungsgewinne hinzu, dann sind wir ja gar nicht so weit auseinander.

Im übrigen, meine Damen und Herren, dachte ich, es wäre nur im Interesse des ganzen

(Minister Schwier)

- (A) Hauses, daß wir uns bemühen, auch durch Umverteilung von Arbeit und Einkommen die Nöte und den Mangel in Schulen zu mildern und jungen Kolleginnen und Kollegen eine Chance einzuräumen.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zum Erziehungsurlaub und zu dem Ersatz durch Neueinstellungen machen! Da geht eine Lehrerin für ein Jahr aus der Schule, um ihr Kind zu versorgen, und es wird für dieses eine Jahr in ihrer Fächerkombination in ihrer Schule etwas frei. Nun müßte man eigentlich sagen: Nehmen wir jemanden für ein Jahr, und wenn die Dame zurückkehrt, muß der Betreffende leider gehen. - Das ist für die Schule die ideale und für den Betroffenen die schlechteste Lösung. Dieses Problem gibt es übrigen an allen anderen Stellen der Landesverwaltung ebenfalls.

Dann gibt es auch die andere Möglichkeit, daß wir sagen: Bei jedem Mutterschaftsurlaub, bei jedem Erziehungsurlaub nehmen wir eine Neueinstellung vor. Das würde sich, meine Damen und Herren, an vielen Stellen zur Prinzenerziehung auswachsen können, jedenfalls für diejenigen, deren Mütter Lehrerinnen sind. Wir müssen doch eine vernünftige Form finden, damit der Ersatz auch stets an die Stelle gelangt, wo er gerade benötigt wird. So einfach ist das also nicht. Wir werden ein vernünftiges Konzept vorlegen.

- (B) Meine Damen und Herren! Man kann als Opposition natürlich stets erklären: Unser Konzept ist es, mehr auszugeben, und unser Vorwurf ist der, daß die Regierung zuviel ausgibt. - Aber ich gebe zu bedenken: Das hört sich gut an, ist jedoch auf die Dauer langweilig und hat mit Politik wenig zu tun.

Ich komme zum Sport. Herr Kollege van Schewick, über die Olympiastützpunkte haben wir schon oft hier geredet. Wir wollen uns doch auch nicht um die Zuständigkeit streiten.

Die liegen nun einmal beim Bund. Und wenn ich jetzt höre, daß der Bundesinnenminister wieder ganz neue Konzepte und ganz neue Vorstellungen für die Förderung von Spitzensport unter strengen Maßstäben entwickelt, dann kann ich nur sagen: Es kann doch nicht angehen, daß dort irgendwelche Konzepte entwickelt, wir anschließend zur Kasse gebeten werden und das alles dann nach zwei, drei oder fünf Jahren wieder völlig anders aussieht. Wir wollen diese vier Olympiastützpunkte in unserem Lande im Rahmen unserer Möglichkeiten und im Rahmen der Notwendigkeiten fördern, weil ich denke, daß sie wichtig und gut sind.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen führen nun einmal nicht zu einer Dauerbeschäftigung, wenn nicht derjenige, in dessen Auftrag und an dessen Einrichtung diese jungen Sportlehrerinnen und Sportlehrer beschäftigt sind, anschließend das Beschäftigungsverhältnis fortsetzt. Da kann man nicht bei jeder Gelegenheit und immer und unentwegt sagen: Dann muß das Land einspringen. Eine Partei, die ansonsten für Subsidiarität ist, müßte sich darüber einmal Gedanken machen. (C)

Ich gestehe Ihnen gut und gerne zu: Die Übungsleiterpauschale zu erhöhen, wäre schön. Aber 19 Millionen DM sind auch eine Menge Geld. Damit können wir als Land uns immer noch vorzüglich sehen lassen. Manchmal ist übrigens die Hilfe des Landes nicht nur Geld, sondern manchmal ist sie auch Idee, Beratung, ist sie Gespräch und Suche nach dem passenden und richtigen Weg.

Das trifft zum Beispiel für die sportgerechte Stadt und die Kommission zu, die wir berufen haben, die allen Sachverstand, den wir mobilisieren können, zusammenbringt, damit das Geld, das wir haben - und es ist nun einmal immer das Geld der Bürger -, so zweckmäßig wie irgend möglich verwendet wird.

Ich denke, Herr Kollege Herder hat recht: 30 Millionen DM über den Haushaltsansatz der Landesregierung hinaus für den Sportstättenbau in den nächsten zwei Jahren - das ist schon etwas, und das wird auch von den Sportverbänden und von ihren sporttreibenden Mitgliedern anerkannt. (D)

Frau Kollegin Matthäus bin ich dankbar dafür, daß sie mit einer Anerkennung begonnen hat, nämlich: In diesem Landeshaushalt ist tatsächlich der Kulturteil ein Schwerpunkt. Wir haben allen Anlaß, uns darüber zu freuen.

Zu der Frage der Neu- und Umbaugenehmigungen für Schulbibliotheken: Eine Genehmigung braucht man dafür nicht. Es geht hier um die Förderung, und das ist eine Förderung im Rahmen von Schulbaumaßnahmen. Da kann es nicht darum gehen, daß wir geringfügige Summen fördern. Der Verwaltungsaufwand steht dann in keinem Verhältnis zum Nutzen. Im übrigen habe ich nicht den Eindruck, daß es das erste Problem für Schulbibliotheken ist, für sie einen Platz zu finden; es ist vielmehr wichtig, daß dort Bücher stehen.

Zur NRW-Stiftung: In der nächsten Woche wird der Förderverein gegründet. Damit hoffen wir ein weiteres Stück Publizität zu erreichen. Es wird auch eine Konzeption

(Minister Schwier)

- (A) geben, wie wir verstärkt die Kulturförderung betreiben können.

Sie wissen aber, daß man nicht unentwegt Zuwächse bei Glücksspielen, Lotterien und ähnlichem verplanen kann, wenn sie nicht eintreten. Es ist ja in diesen Fällen so, daß man wirklich nur mehr verteilen kann, wenn auch mehr hereinkommt.

Frau Kollegin Witteler-Koch, Sie haben einmal wieder die Theateraufwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen mit denen anderer Bundesländer verglichen. Eines wollen wir doch feststellen: Es kann nicht angehen, daß die Aufwendung eines Stadtstaates für sein Stadttheater mit den Aufwendungen eines Flächenlandes für die Stadttheater im Lande verglichen wird. Denn, wenn ich das tue, muß ich alles hinzuzählen, was unsere Städte für ihre Theater ausgeben. Bremen ist nun einmal Land und Stadt zugleich, und Hamburg und Berlin sind das auch.

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Die anderen Länder sprechen für sich.)

- Doch, Sie haben aber die Zahlen genannt.

Dann müssen Sie ein Weiteres vergleichen: was jeweils die Länder für die theatertragenden Städte tun, und dann sind wir beim Gemeindefinanzierungsgesetz, dann sind wir auch bei verschiedenen Zuschlägen für größere Städte usw.

- (B) Wir bringen doch den sogenannten Elefantenansatz in das GFG, weil es sich um größere Städte handelt, die für ihr Umland besondere Leistungen erbringen. Wenn wir von den Belastungen der Gemeinden sprechen, dann ist es nun einmal so, daß der Sozialhaushalt die Gemeinden belastet und sie in Schwierigkeiten bringt, und zwar die gleichen Gemeinden, die für ihre Theater ebenso aufkommen müssen. Da gab es ja durchaus einmal vernünftige Vorschläge.

Frau Vizepräsident Friebe: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Abg. Witteler-Koch?

(Minister Schwier: Aber selbstverständlich.)

Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Herr Minister, soll das heißen - und ich nehme ganz bewußt die Stadtstaaten heraus -, daß Sie bei dieser Statistik annehmen, daß sehr unterschiedliche Daten zugrunde gelegt worden sind?

Schwier, Kultusminister: Ich gehe davon aus, wenn ich mir die Kommentierung erlauben darf, daß von denselben Voraussetzungen

ausgegangen worden ist, das heißt, es sind entweder die Zuschüsse der Gemeinden berücksichtigt worden oder sie sind bei einigen nicht berücksichtigt worden. - Das heißt also die ganz sauberen Länderaufwendungen. (C)

Sie müssen sich zunächst einmal vorstellen - und deswegen sind alle diese Vergleiche letztlich hinkende Vergleiche -, wieviel die Länder ihren Gemeinden jeweils zur freien Verfügung geben. Zweitens: Welche Form der Zweckzuweisungen gibt es in den einzelnen Ländern? Drittens: Welche Aufwendungen haben die Gemeinden selbst?

Wenn wir also einen absoluten Vergleich anstellen wollen, dann müssen wir pro Theaterplatz die öffentlichen Zuschüsse insgesamt nehmen, und zwar müssen wir die Zuschüsse der Gemeinden und des Landes mit anderen vergleichen; da sähen wir natürlich vorzüglich aus. Aber jeder versucht, den Vergleich so anzustellen, wie er ihn möchte. Ich will Ihnen nur das immer wieder gerühmte Land Baden-Württemberg mit einem, wie ich meine, Fehler seiner Form der Theaterfinanzierung verdeutlichen. In Baden-Württemberg gilt, daß eine Kommune 40 % der Summe, die sie für ihr Theater ausgibt, vom Land zubekommt. Das führt aber immer dann, wenn eine Gemeinde - aus welchen Gründen auch immer - in finanzielle Schwierigkeiten kommt, dazu, daß sie für ihr Theater weniger Geld ausgeben kann und daß gleichzeitig auch die Zuschüsse des Landes sinken. Nun könnte man sagen, andersherum darf es auch nicht sein; denn sonst belohnt man denjenigen, der die Theaterzuwendungen kürzt, damit er mehr Landeszuschüsse bekommt. Also so einfach ist das gar nicht vernünftig zu gestalten. Ich denke aber, daß die Tatsache eines mehr als 50prozentigen Zuwachses innerhalb eines Haushaltsjahres für städtische Theater doch eine Sache ist, die deutlich macht, daß dieses Land seine Stadttheater nicht im Stich läßt. Und es ist dies auch ein Signal für die Städte, von denen ich überzeugt bin, daß sie das Signal vernehmen und ihm folgen werden. (D)

Sie haben von der Kultur als Wirtschaftsfaktor gesprochen. Das tut man heute viel und gerne, und ich will das auch überhaupt nicht in Abrede stellen. Aber, meine Damen und Herren, wir dürfen nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und am Ende nur noch unter der Überschrift "weil wir Wirtschaftsförderung wollen, brauchen wir auch Kultur" verfahren. Ich sehe eine gewisse Gefährdung in diese Richtung.

Lassen Sie mich abschließend noch eine Bemerkung zu Ihnen, Frau Witteler-Koch, machen - und zur F.D.P. insgesamt. Es fällt

(Minister Schwier)

- (A) mir bei Ihnen auf, daß Sie auf der einen Seite immer nach Konzepten verlangen, auch dort, wo eigentlich die Gestaltungsfreiheit bei denen liegt, die Träger sind. Das gilt für Hochschulen; da reden Sie auf der einen Seite von der Autonomie der Hochschulen, auf der anderen Seite wollen Sie die Landesregierung immer zu großzügigen Planungen bewegen. Das gilt für die Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalen, von der Sie zu Recht gesagt haben, es ist eine städtische Kultur, eine Bürgerkultur in unserem Land, und soll es auch bleiben. Hier wollen wir als Land gern beraten, hier werden wir durch Kooperationshilfen auch bestimmte Strukturelemente fördern und andere nicht fördern. Da haben wir die beiden Sekretariate für gemeinsame Kulturarbeit. Aber wir werden nicht hergehen und den Städten vorschreiben, ob sie ein Theater oder eine Oper oder Museum haben oder nicht haben dürfen. Das halte ich für einen unzulässigen Eingriff.

Frau Vizepräsident Friebe: Gestatten Sie eine weitere Frage von Frau Witteler-Koch?

(Minister Schwier: Ja, bitte.)

Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Herr Minister, ist Ihnen bekannt, daß der Städte- und Gemeindebund - ganz konkret wegen des Konzeptes - in der Zeit seit Anfang Oktober wieder darauf wartet, mit Ihnen über ein Konzept reden zu können?

- (B) Schwier, Kultusminister: Wir haben doch auch schon so viele Konzepte für die Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalen gemacht. In dem Augenblick aber, wo es dann darum ging, daß eine Stadt ihr eigenes Interesse diesem Konzept unterzuordnen hatte, da war nichts mehr damit. Und da würden Sie vermutlich in gleicher Weise agieren.

(Beifall bei der SPD)

Aber allerletzte Bemerkung: Ein Zweites verwundert mich in der Argumentation der F.D.P.-Sprecher hier im Landtag. Eigentlich sind Sie im Prinzip doch gegen öffentliches Geld und halten privates für besser. Also ich höre aus der F.D.P. immer wieder diesen Grundsatz, daß der Private allemal besser mit dem Geld umzugehen weiß als die öffentliche Hand.

Wenn das so ist, können Sie aber nicht unentwegt mehr Geld von der öffentlichen Hand fordern, der Sie auch weniger geben wollen.

(Zustimmung bei der SPD - Schultz-Tornau (F.D.P.): Tun wir doch gar nicht! - Tschoeltsch (F.D.P.): Das kürzen wir doch an anderer Stelle!)

Diesen Widerspruch haben Sie auch heute nicht auflösen können. (C)

(Beifall bei der SPD - Tschoeltsch (F.D.P.): Wir kürzen an anderer Stelle! - Zuruf von der SPD: Eben, nur im Bildungsbereich! - Böse (SPD): Ihr von der F.D.P. seid doch die größten Staatsschauspieler! - Tschoeltsch (F.D.P.): Wenn schon, dann bitte Privatschauspieler! - Weitere Zurufe - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Frau Vizepräsident Friebe: Wenn die F.D.P. es gestattet, möchte ich jetzt gern zur Abstimmung kommen.

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Sie brauchen uns nicht um Erlaubnis zu bitten, Frau Präsidentin!)

Ich schließe die Beratungen zu Einzelplan 05. Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge. Zuerst lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag Drucksache 10/3872, Antrag der Fraktion der CDU, Stichwort: Einstellungskorridor für 1 500 neue Lehrer. Wer diesem Änderungsantrag der CDU zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? - Danke schön! Der Antrag ist abgelehnt.

Drucksache 10/3873, Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P., Stichwort: Anhebung der Stellenreserve im Schuldienst! Wer diesem Änderungsantrag der F.D.P. zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? - Danke schön! Der Antrag ist abgelehnt. (D)

Wir kommen zur Abstimmung über die Drucksache 10/3874, Antrag der Fraktion der F.D.P., Stichwort: Neueinstellung von 100 Sonderschullehrern. Wer diesem Antrag der F.D.P. zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? - Danke schön! Der Antrag ist abgelehnt.

Ich lasse nun über den Einzelplan 05 - Kultusminister - abstimmen. Wer dem Entwurf des Einzelplans 05 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/3805 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? - Danke! Enthält sich jemand der Stimme? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 05 in zweiter Lesung angenommen.